

Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 14. Mai 1926

Nummer 40

INHALTSVERZEICHNIS

Vollgesundheit und Arbeiter	Statistik
Wir verlangen Auslösung der Reichlichen Reichsrolle	•
Der Generalstreik in England	•
Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften	G. H.
Was lehrt uns die Krise?	Emil Döbert
Neuregelung des Gemeinerechts in Bayern	Beiß
Die Konferenz der Arbeiter in den Ost-, Niedersächs.- und Böhmerweiden in der Provinz Ostpreußen	R.
Ein Bild in die englische Literatur. II.	Joh. Gut
Angestellte, Heide- und Hausarbeiter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 • Telephon: Northpark 3104/06, 11044

ROLLE'S FRUCHTWEIN
Reichenau
ist beliebt bei Mann und Frau



B.G. ROLLE, REICHENAU/SA.
VERLANGEN SIE PROSPEKTE

Garantie-Fahrräder
für Herren: **75 M.** für Damen: **83 M.**
mit Freilauf
Sigturd-Gesellschaft Cassel 117

Römisches Klein's Tabak

Werkzeuge & Ersatzteile
für Reparaturen an Uhren u. Feinmechanik. Werke, feiner fertige Uhren zum persönlichen Gebrauch sowie Kontrolluhren aus. Besuchen Sie von uns vorüber. Verfügen Sie Engros-Katalog gratis.
Bismarck-Strasse 11, Berlin, H. F. 111, Händlers

Gummi aug. etc. Preis 1.50 gr. Pharm. hyg. Industrie-Handlung, Berlin 954, Wilhelmstr. 75.

Lesen die Urania!

Was sich jeder wünscht!
Die wertige Ecke im eigenen Heim kann sich heute dank meinem Teilzahlungssystem auch der bescheidensten Haushalte leisten.
Bestimme ohne Anzahlung. Abgabe nach Anweisung 27 Tage zur Probe.
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel
Verlangen Sie Produktkatalog D 41: Vertriebsbuch. Anzeigengruppe ohne Kostenbeitrag 9-7 Uhr.
DEUTSCHE HEIMKUNST
Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelindustrie.
Bertha, Ammersee 741, a. d. Allee Johannisberg. Tel.: Marburg 4643



Fahr' Rad! Spar' Zeit und Geld!

Das beliebteste Radmodell 1926
mit hochentwickeltem Rückenschwinge- und Nockengetriebe. Leichtes, aber solides, Aussehen. Feinverarbeitete Komponenten. Ausgezeichnete Leistungsfähigkeit und hervorragende Haltbarkeit. Ausgezeichnete Federung. Leichtes, aber solides, Aussehen. Feinverarbeitete Komponenten. Ausgezeichnete Leistungsfähigkeit und hervorragende Haltbarkeit.
3.-
Walter H. Garis, Berlin 542, Postfach 444 F.
In Berlin erbitte ich Besuch meiner Ausstellungs- und Verkaufsstelle K. 4-7.

Selbststrastierer!
Schärfen Ihre Klängen oder Messer nur mit **Merma-Salz**.
Merma-Vertrieb, Berlin W 30/11
Barbarossastr. 64.

MUSIK Instrumente
MAX DÖRFEL
Klinckschloß-Sache Nr. 30
Heimarbeitvergnügen
P. Heiler, Breslau 10.

la Eiderfellkase
9.- Rd. = 6 M. franko
Sampkiss-Fabrik
Hamburg.
7 Pfg.

Billige böhmische Bettfedern!
Einige graue geschl. M. 3, halbweiße M. 4, weiße M. 5, beste M. 6, de-mere-weiche M. 8, 10, beste Sorte M. 12, 14, weiße geschl. M. 7, 9, 9.50, best. Sorte M. 11 - Ver- und portofrei zollfrei gegen Nachn.
Muster frei, Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Dresden, Sachse, I. oben Nr. 20, h. Pilsen, 844 m.

PIANO
Kauf oder mieten, wenn sich veranlassen die
Pianofabrik Hermann
Auguststraße 1. Erg. / Coblenz, Heubühl 108, 21, 22.
Tel. 101 100 / Tann, Heubühl / Bsp. Heubühl.

Feinster Uberseser
Kippentabak
9 Pfg. mit schöner
Brylcreme-Pflege nur
5.20 M. franko.
Witling & Brackmann
Tabakfabrik
Orsay (Niederhain)

Neue Gänsefedern
idyllisch, auch un-
verwunden, aus erster
Hand. Preis gratis.
Paul Wodrich,
Neutredbin
Gänsefedern- und
Bettfedernreinigung
(im Oederbruch)

Kranke Menschen soll Kraft und Schwatz gibt Dr. Hübeners Lebenselixir
Schiedel 1. - 10. in Apotheken u. Drogerien

Brillantring!

200 20
VERSAND HAUS SCHMIDT MEYER
Berlin SW 95, Hübnerstraße 133a

Photogr. Apparate
Katalog A. (P)
Uhren, Goldwaren, Brillanten, Metallwaren
Katalog B.
L. Römer,
Altena-Othmarschen 1.

Sie ernten zweimal
Goldball, Citrus, De-nara
Der geringe Preis für die Kunden macht sich jedoch bezahlt, weil Sie das Beste kaufen, nämlich Früchte erziehen und Ernteerträge bei Ihren Kunden hervorbringen.
Bestellen Sie sofort!
Willy Lutterfeld - Saatgut - Quedlinburg 73.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten.
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Korrespondent: Amt Moabitplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Volksgeundheit und Arbeiter.



Der sozialen Gesetzgebung und ihrer praktischen Durchführung ist es zu danken, daß die Förderung der Volksgeundheit in steigendem Maße als eine der wichtigsten Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden festgestellt wurde. Insbesondere trugen die Erfahrungen bei der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung dazu bei, zu erkennen, daß es neben der Heilung von Krankheiten von mindestens eben so großer Wichtigkeit ist, solche zu verhüten. Die hierbei erzielten Erfolge spornten dazu an, der Krankheitsverhütung immer größere Beachtung zu widmen. Vor allem waren es die Träger der sozialen Versicherung, die in vorbildlicher Weise den gesunden Weg verfolgten und die Forschungsergebnisse der hygienischen Wissenschaft in ihren Anstalten und sonstigen Einrichtungen zur Anwendung brachten. In ähnlicher Weise bemühte man sich, durch hygienische Vorschriften über den Bau, Einrichtung und Instandhaltung industrieller und gewerblicher Betriebe, Wasch-, Bade- und Abortanlagen, Aufenthaltsräumen für Arbeiter usw., ferner durch die Förderung des Kleinwohnungsbaus die Voraussetzungen für die Erreichung des angestrebten Zieles zu schaffen.

Alle diese Bestrebungen konnten jedoch nur dann durchgreifend fruchtbar werden, wenn es gelang, die Bevölkerung für die Mitarbeit an der allgemeinen Gesundheitsförderung zu gewinnen. Das hierzu erforderliche Verständnis zu erwecken, wurde durch besondere Veranstaltungen, wie belehrende Vorträge, Flugschriften, Wertblätter, Erörterungen in der Presse, Unterrichtsturse usw. versucht. Und nicht umsonst! Die Wirkungen zeigten sich sehr deutlich. Der allgemeine Gesundheitszustand verbesserte sich wesentlich, wie die sinkende Sterblichkeitsziffer erkennen ließ. Auch die gefürchtete, lange als unheilbar angesehene Lungentuberkulose ging unter dem Einfluß der gegen sie gerichteten Bekämpfung merklich zurück. Noch im Jahre 1890 raffte diese Volkspeste in Preußen 84 086 Menschen hin. Im Jahre 1912 war die Tuberkulosesterblichkeit auf 56 583 herabgedrückt und die vervollkommnete und beträchtlich erweiterte Tuberkulosebekämpfung ließ für die Folge noch günstigere Ergebnisse erwarten. Ähnlich in den übrigen deutschen Ländern.

Seiber erfuhren die auf die Hebung der Volksgeundheit gerichteten Bestrebungen durch den Krieg eine jähe Unterbrechung. An die Stelle des Menschenschutzes trat die Menschenvernichtung als Forderung, und sie wurde mit allem Raffinement der modernen Technik zu erfüllen gesucht. Mit welchem Ergebnis zeigen die Millionen Kriegesgefallenen, Kriegskrippel und Kriegsleichen. Im weiteren sorgten die Arbeits- und Ernährungsverhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit dafür, auch den Gesundheitszustand der dahim gebliebenen Bevölkerung zu verwüsten, die gesundheitlichen Erzeugnisse der früheren Jahre zunichte zu machen. Das ist vortrefflich gelungen! So sind wir denn gegenwärtig durch diese den heutigen Kulturstand der Menschheit schändenden Ereignisse nahezu um ein Menschenalter, in jene Zeit zurückgeworfen worden, in der wir mit den ersten planmäßigen Anfängen einer allgemeinen Gesundheitsförderung begannen.

Nur ganz langsam machten sich in den letzten Jahren wieder Anzeichen bemerkbar, diesen Verwüstungen entgegenzutreten, und zwar vor allem aus der Bevölkerung selbst. Hierzu ist besonders die Sportbewegung zu rechnen, die auch die Arbeiterschaft erfasst hat

und den Zweck verfolgt, die gesundheitschädlichen Einflüsse einseitiger Arbeit und gesundheitlich unzulänglicher Wohnungen durch die Bewegung in frischer freier Luft unschädlich zu machen. Daneben entfalten die Träger der sozialen Versicherung wieder eine regere Tätigkeit, soweit es ihnen ihre durch den Zusammenbruch der deutschen Währung geschwächten Mittel gestatten. Ihrer Anregung sind die Veranstaltungen zuzuschreiben, wie sie in der Großen Ausstellung 1926 für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen in Düsseldorf vorbereitet werden und in der Reichsgesundheitswoche allgemein auf Grund eines großzügigen Programms durchgeführt worden sind.

Die abgefürzt „Gesolei“ genannte Ausstellung in Düsseldorf soll ähnlich wie die große Hygieneausstellung 1911 in Dresden zeigen, was die Wissenschaft an Mitteln zur Bekämpfung von Krankheiten, Förderung und Erhaltung der Gesundheit zur Verfügung stellt. Durch die Reichsgesundheitswoche sollte die Aufmerksamkeit der weiten Volkstreife auf gesundheitliche Fragen und ihre Bedeutung sowohl für den einzelnen wie für die Volksgeundheit gelenkt, Verständnis und Interesse hierfür erweckt und jeder einzelne an die Pflicht gemahnt werden, die zum Schutze, Erhaltung und Förderung der Gesundheit aufgezeigten Mittel und Wege innerhalb seiner Familie, seines Lebens- und Wirkungskreises anzuwenden. Beide Veranstaltungen bedeuten so einen Appell an die Volksgesamtheit, zur Mitarbeit an diesem Werke. Er richtet sich nicht zuletzt auch an die Arbeiterschaft, die am meisten durch ihre Tätigkeit in den industriellen und gewerblichen Betrieben gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt ist. Wie dringend die Notwendigkeit zur Befolgung dieses Appells ist, geht aus den Feststellungen der Krankenkassen deutlich hervor. Die Krankheitshäufigkeit unter den Arbeitern ist eine außerordentlich große, so groß, daß die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen darunter zu erliegen droht. Nicht besser sieht es bei der Invaliden- und Unfallversicherung aus. Die Tuberkuloseerkrankungen haben eine erhebliche Zunahme erfahren. Die Unfallhäufigkeit ist noch ungemein groß. Im Jahre 1923 wurden 460 000 Unfälle angezeigt, darunter 7500 mit tödlichem Ausgang. Die Gesamtzahl der Verletzten und deren Hinterbliebenen, für die im Jahre 1923 Entschädigungen zu zahlen waren, betrug rund 792 000 gegenüber weniger als 1535 Unfälle, davon 230 schwerer Art und 25 tödliche Unfälle.

Die Arbeiter haben also alle Veranlassung, im eigenen Interesse die an sie ergehende Mahnung zu beachten. Eine besondere Aufgabe erwächst hierbei den Betriebsräten, die ihren ganzen Einfluß in dieser Richtung geltend machen müssen. Alles was aber von den Arbeitern und Betriebsräten in dieser Hinsicht unternommen werden kann, muß gegenstandslos bleiben, wenn die Unternehmer, das Reich, die Länder und Gemeinden nicht in der gleichen Weise vorgehen, von ihnen nicht die Voraussetzungen geschaffen werden, die für eine erfolgverheißende Zusammenarbeit zur Förderung der Volksgeundheit unerlässlich sind. Mit bloßen Mahnungen zur Zusammenarbeit ist nichts zu erreichen! In dieser Hinsicht sind jedoch die Aussichten alles andere als gänzlich. Das zeigt besonders das Vorgehen der Unternehmer, die nichts Besseres zu tun wissen, als die Löhne abzubauen, sich gegen den Achtstundentag zu wenden, die Einschränkung des Arbeiterschutzes und die Herabsetzung der sozialen Versicherungsleistungen zu fordern. Die

gegenwärtige, rücksichtslose Ausbeutungsweise genügt ihnen noch nicht, sie soll gesteigert; die für die Gesundheit des Arbeiters und seiner Familie bereits unzulängliche Lebenshaltung auf ein noch tieferes Niveau herabgedrückt werden. Hier fehlt noch jedes soziale Verständnis für die Anforderungen unserer Zeit.

Ist es beim Reich, den Ländern und Gemeinden damit besser bestellt? Sind sie sich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Volksgesundheit bewußt? Diese Frage kann nicht ohne weiteres bejaht werden. Im anderen Falle wäre es unmöglich, daß jenes Elend vorhanden wäre, wie es die Wirtschaftskrise der Arbeiterschaft, vor allem den Erwerbslosen auferlegt; hätte schon längst dem Wohnungsamt, unter dem die ärmeren Bevölkerungsschichten seit Jahren leiden und der in hohem Grade ihre Gesundheitsverhältnisse beeinträchtigt, in wirksamer Weise entgegen getreten werden müssen. Gewiß, wir leiden Mangel! Das Reich, die Länder und Gemeinden sind verarmt. Dennoch hat es nicht an Mitteln gefehlt, um die Wünsche der Schwerindustrie zu befriedigen, im fruchtlosen Ruhrkampf Milliarden zu vergeuden, wodurch die volkswirtschaftliche Not

nur noch größer wurde. Auch die produktive Erwerbslosenfürsorge hätte der Förderung der Volksgesundheit, dem Wohnungsbau in wesentlich größerem Umfang dienlich gemacht werden können, als es geschehen ist. Auf diese Weise wäre es möglich gewesen, wenigstens einen Teil der trüben Quellen zu verstopfen, die wie das Wohnungselend fortgesetzt die gesundheitlichen und sittlichen Verhältnisse des Volkes vergiften. Mäße darum die Aufrüttelung, die von den großen gesundheitlichen Veranstaltungen des Jahres ausgeht, auch die maßgebenden Stellen berühren, ihr soziales Verantwortungsgewußt wachrufen und sie anspornen, in der Pflege und Förderung der Volksgesundheit nachzuhelfen, was in den Jahren seit Ausbruch des Krieges versäumt wurde. Besondere Hoffnungen dürfen die Arbeiter hierauf nicht bauen. Die Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft ist von der Hebung ihrer sozialen Lage abhängig. Alle dahingehenden Bestrebungen der Arbeiter hängen aber stets auf den hartnäckigsten Widerstand, den sie nur durch die Macht der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu brechen vermögen.

Rattutat.

Wir verlangen Auflösung der Technischen Nothilfe!

Zu welcher Gefahr sich die „Technische Nothilfe“ für die organisierte Arbeiterschaft und den republikanischen Staat auswächst, das zeigt ein Artikel in Nr. 17 der „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB, dem wir folgendes entnehmen:

„Die Technische Nothilfe entwickelt sich mehr und mehr zu einer Organisation ähnlich den sogenannten „waterländischen“ Verbänden, die als Zentrum reaktionärer Umtriebe beruhen sind, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, wenn der Tag der „nationalen Hoffnungen“ herangereift sein wird. Es ist deshalb sehr verständlich, daß bei den Beratungen und bei Bewilligung von Reichsmitteln die Rechtsparteien für Weiterbestehen und ausreichende Finanzierung sowie den Ausbau der „Leno“ eintreten, während die Linksparteien und die Gewerkschaften aller Richtungen den Abbau des Statutens oder die völlige Auflösung der „Leno“ fordern. Obwohl die „Leno“ jederzeit nur als eine vorübergehende Notmaßnahme gegen die Stilllegung lebensnotwendiger Betriebe ins Leben gerufen wurde, inzwischen aber eine staatliche Konsolidierung eingetreten ist, verlangte der deutschnationale Innenminister Schiele zum Ausbau der Technischen Nothilfe für 1925 rund 3 687 000 Mk. oder gegenüber 1924 367 000 Mk. mehr aus Reichsmitteln. In seiner Antwort an die Gewerkschaften vom 7. September 1925 lehnte der Minister ab, den Ausbau vorzubereiten, weil die „Leno“ ihre Unerföhrbarkeit bewiesen habe, denn sie sei in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. März 1925 in 116 Fällen eingesetzt worden, u. a. zur Aufrechterhaltung des Betriebes von 26 Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken und insbesondere beim Hochbahnstreik in Hamburg und in der Meierei Bolle-Berlin.

Als auf Verlangen des ADGB-Vorstandes das Ministerium des Innern über Art und Umfang der einzelnen Einsätze der „Leno“ berichtete, da stellte sich heraus, daß sie für ihre einstige Aufgabe absolut kein Betätigungsfeld in diesem Halbjahr gefunden hätte. Rotarbeiten in lebenswichtigen Betrieben sind in den ganz vereinzelt Streiks von den Streikenden in jedem Falle selbst ausgeführt worden bzw. haben sie sich dazu bereit erklärt. Für diese ausgefallene Beschäftigung suchte die „Leno“ neue, bei ihrer Gründung völlig ungewollte Wirkungsbereiche, weil sie ja ihre Existenznotwendigkeit beweisen muß, da sie Staatsgelder nicht entbehren will. Die gemeldeten 116 Einsätze verteilten sich auf ganze 34 Orte im gesamten Reichsgebiet, und in 7 Orten (von diesen 34) leistete die „Leno“ Vöshilfe, betätigte sich also, als freiwillige Reichsfeuerwehr. Einsatzfälle, nach Stunden gerechnet, sind registriert worden, wo menschliches Pflichtgefühl jeden pflichtgemäß zur Hilfeleistung zwingen würde, wie z. B. bei Ueberschwemmung, Hochwassergefahr, Feuergefahr und dergl. In den wenigen Fällen, in denen aus Anlaß von Streik die „Leno“ eingesetzt worden ist, da geschah es zumeist auf ausdrückliches Verlangen der Unternehmer, und nachdem diese den gewerkschaftlichen Rotarbeitern den Zutritt zu den betroffenen Betrieben sogar polizeilich verweigerten. So erklärten sich z. B. die ausgesperrten Brauereiarbeiter in München zu Rotarbeiten, Pferdepflege, Malzwenden usw. bereit; sie wurden jedoch durch Polizei gebindert und dann setzte die „Leno“ trotzdem ein. Im mitteldeutschen Streik der Gemeindegewerkschaften haben die Streikenden die Rotarbeiten zumeist selbst ausgeführt, und nur in ganz vereinzelt Fällen mußten auch diese Arbeiten eingesetzt werden, weil einzelne Betriebsleiter nur der „Leno“ den Zutritt zu den Betrieben gestatteten.

Nach einem weiteren amtlichen Bericht ist die „Leno“ in der Zeit vom 5. September 1925 bis 29. Januar 1926 innerhalb 14 Wochen nicht ein einziges Mal im gesamten Reichsgebiet eingesetzt worden. Die wenigen Einsätze erfolgten fast ausschließlich bei Hochwasser- und Feuergefahr, auch dort, wo z. B. Berufsfeuerwehr vorhanden ist und dieser gütigen Unterstützung sicher nicht bedurfte. Die kleinsten „Seidenlaten“ läßt die „Leno“ sich zunächst einmal von

den amtlichen Stellen schriftlich bestätigen. Dann erfolgt durch einen eigenen amtlichen Nachrichtendienst der „Leno“ die Bearbeitung der gesamten Tagespresse. Allerdings wird zumeist dabei verschwiegen, daß diese Nothilfearbeiten nur gegen reichliche Entschädigung geleistet werden. Um die Unentbehrlichkeit der „Leno“ der breiten Öffentlichkeit zu beweisen und — was die Hauptsache ist — die öffentlichen Gelder fortlaufend in Fluß zu halten, baulicht der amtliche Nachrichtendienst selbst die bescheidenste Hilfeleistung, die oft mit irgendwelcher Nothilfe nicht das mindeste zu tun hat, in sehr durchschlagender Weise auf.

Da der Reichstag statt der geforderten 3 687 000 Mk. für 1926 nur 2 850 000 Mk. bewilligte, so sucht die „Leno“ anderweitig Deckung und für die abgebauten zumeist ehemaligen Offiziere neue Wirkungsbereiche. Trotzdem in den Reichstagsverhandlungen auf Grund der amtlichen „Leno“-Berichte die baldige Auflösung als notwendig anerkannt worden ist, führt die „Leno“ ihr sogenanntes Eigenleben weiter, allerdings in einer Form und in einem Umfang, als stände die Weltrevolution unmittelbar bevor und als sei ganz Deutschland ohne Wasser, Licht und allem Lebensnotwendigen. Im amtlichen Nachrichtendienst läßt die „Leno“ erklären, daß nunmehr — nachdem der Abbau durch den Reichstag beschlossen — „die Ausbildung und Schulung ehrenamtlicher Führer im Vordergrund der organisatorischer Arbeit“ stehen müsse. Die hauptamtlichen, aus Reichsmitteln besoldeten Führer besorgen nun diese Aufgabe und bilden in „großem Maßstabe ehrenamtliche Mitarbeiter“ heran. In privaten Kraftfahrtschulen werden Nothelfer zu Kraftwagenführern zu ermäßigten Sätzen herangebildet. Frauenführerinnen bilden Frauengruppen aus in der Behandlung von Proviant und in der Leitung des Kochens, — für wen! — das wird sorglos verschwiegen. Alle diese Maßnahmen sind nichts anderes als eine Substanz der Reichstagsbeschlüsse, der bewußte planmäßige Aufbau statt Abbau. Die zur Verfügung gestellten Reichsmittel reichen zu solcher großzügigen Heeresreform und Ausbildung allerdings nicht aus, und deshalb werden andere, private Geldquellen kluglich gemacht. In allen Orten veranstalten die sogenannten UEB. mit den Ingenieur- und Werkstätten Planspiele unter Mitwirkung von Ingenieur- und Wirtschaftsstäben, um zu zeigen, wie im Einsatzfall (siehe Kapp-Putsch) „zugriffen“ werden muß. Solche Planspiele sind z. B. für Eisenbahn- und Hafenbetriebe unter Beteiligung von Hunderten von Nothelfern und maßgebenden Persönlichkeiten des Eisenbahnbetriebes, Vertretern der Berufen, der Behörden, der Polizeipräsidenten usw. fortgesetzt veranstaltet worden. Vor Studenten und Dozenten der Universitäten werden Propagandavortrüge über die Unentbehrlichkeit der „Leno“ gehalten und die Studenten zum Eintritt aufgefordert. Die innige Verbindung von Nothilfe und Technischer Nothilfe ist allerdings in der Sitzung des Reichshausparlamentes vom 4. März 1926 durch den Staatssekretär Fweigert aus dem Reichsministerium des Innern bestritten worden; die „Leno“ habe nicht das geringste mit dem Nothilfe zu tun, hier es. Hier aber beweisen die offiziellen Verlautbarungen der „Leno“ das Gegenteil, und zwar eine enge Arbeitsgemeinschaft beider gegen die Arbeiterschaft gerichtet und aus Reichs- und privaten Mitteln gespeisten Organisationen, die von den Behörden, Regierungsstellen, von Kriegerverbänden, vom Landbund, Innungen und Unternehmern planmäßig gefördert werden. Den vereinigten Innungsobermännern in Hamburg, im Kreisriegerverband Frankfurt a. d. O., vor dem Landbund in Lebus und allorts hielten „Leno“-Beauftragte Vorträge, ließen Planspiele aufführen, um dann von diesen Kreisen als Gegenleistung ein erneutes „Treuegelöbniß“ für die „Leno“ und, was die Hauptsache ist, Sittungsbeträge für den „Räderortog“ als unfontrollierbare Korruptionsgelder einzuhemeln. Damit die Verbindung der „Leno“ mit den Unternehmern nicht gar zu augenfällig wird, ist dieser Weg über den Verlag gewählt worden, der von der Hauptstelle der Technischen Nothilfe in Berlin-Siegling nicht zu trennen ist.

Der Abgeordnete Genosse Georg Schmidt konnte im Reichstage darauf hinweisen, daß 18 000 Exemplare dieser Zeitschrift an die Industriellen verteilt worden sind mit dem Ersuchen, Stiftungsexemplare zum Preise von je 5 Mk. zu abonnieren. Trotzdem wagte der demokratische Minister zu bestreiten, daß die „Leno“ lediglich dem Schutze der Arbeitgeberinteressen diene, wie es in der Eingabe der Spitzengewerkschaften behauptet ist.

Die „Leno“ bereitet sich gegenwärtig auf große Aktionen vor. „Werbt hochwertige Fachkräfte für die „Leno“! So beginnt ein Aufruf in ihrer Zeitschrift, der zunächst für Groß-Berlin verfaßt worden ist. Jeder Neueintretende hat einen Verpflichtungsschein auszufüllen. Die offizielle Aufnahme in die „Leno“ kann frühestens nach vier bis sechs Wochen erfolgen, weil zuvor eine (nationale) Zuverlässigkeitsprüfung durch Vertrauensleute, Bezirksleiter, Blockführer und Werbestäbe zu erfolgen hat.

Was ist beabsichtigt? Der Landesunterbezirk Groß-Berlin verlangt gegenwärtig zum weiteren Ausbau und zur Schaffung möglichst großer „Leno“-Reserven Fachleute aller Berufswege, die sich mittels Postkarte in Berlin-Steglitz, Birkenstraße, also bei der Hauptleitung, melden sollen. Geht man in der Rangnummer der „Käder“: Rangierer, Lokomotivführer, Triebwagenführer, Zugführer, Stationspersonale, Stellwerker, Güterbodenarbeiter, Wagenmeister, Störungsjücker, Galvanoplastiker, Graveure, Stereotypenrechner, Buchdrucker, Offsetdrucker, Retentionsdrucker, Steindruck, Buchbinder, Seher, Anleger, Maschinisten für Dampfmaschinen, Dampfturbinen und Dieselmotoren, Wassergasmacher, Ofenhäuser, Arbeiter, Heizer, Apparatewärter, Seilbahnfahrer, Kranführer für Kohlengreifereisen, Güterwagenführer, Retortenmaurer, Umformwärter, Freileitungsmonteur, Schalttafelwärter, Kraftwagenführer mit Führerschein und Köche.

In allen deutschen Bezirken werden neue „Leno“-Gemeinschaften ins Leben gerufen, Industriegruppen-Vertrauensleute auch für nicht lebensnotwendige Betriebe (wie z. B. für den Siemens-Konzern und die AEG-Betriebe) zusammenerufen und organisiert, sowie in den Versammlungen entsprechend informiert. Für die Eisenbahn, und zwar für die einzelnen großen Berliner Bahnhöfe, sowie für die Reichsbank und die Postzeitung (17) fanden im Februar dieses Jahres im Vortragssaal des Verkehrs- und Baumuseums in Berlin, Invalidenstraße, allein vier Versammlungen statt, in denen die Leiter der Einsatzgemeinschaften über die künftige Verwaltung und Erhaltung der Reichsbank referierten. Eine derart sieberhafte Agitation, bei der noch dazu mit bewussten Unwahrheiten und mit Verteilungen der Gewerkschaften der „erzieherische“ Einfluß der „Leno“ gefördert werden muß, kennzeichnet die „Leno“ als eine gefährliche, arbeitler- und republikfeindliche Organisation. Die gegenseitigen Freigeldnisse zwischen Unternehmerorganisationen und „Leno“, dazu die ständige Verbindung, beweist, daß die „Leno“ nur noch als staatlich subventionierte Streikbrecherorganisation angesehen werden muß. Unternehmer wie Rechtsparteien haben deshalb erkannt, daß es zweckmäßig ist, für diesen Hort politischer und wirtschaftlicher Reaktionen ausreichende Staatsmittel zur Verfügung zu stellen, weil sie damit die zuverlässigste Streikschutzwversicherung finanzieren, die auf Kosten der deutschen Steuerzahler gegen jedes Aufbegehren der Arbeiter eingesetzt werden kann. Das Allgemeinwohl wird durch eine solche Praxis tatsächlich gefährdet, nachdem sich diese unparteiliche Organisation zu einem Zentrum reaktionärer Konspirationen ent-

wickelt hat. Für diese, durch die Entwicklung der letzten Jahre völlig gegenstandslos gewordene sogenannte Nothilfe dürfen öffentliche Mittel in Zukunft nicht mehr bereitgestellt werden. Die annähernd 3 Millionen Mark Reichsmittel sind für soziale Anwendungen dringender nötig als zur Bildung faschistischer Organisationen. Die Auflösung der Technischen Nothilfe ist deshalb zu einer staatspolitischen Notwendigkeit geworden.

Dem „Vorwärts“, der sich in gleicher Weise mit der „Technischen Nothilfe“ beschäftigte wie die „Gewerkschaftszeitung“, sandte die „Leno“ folgende Erwiderung:

„Für die Frage der Notwendigkeit der TN kann nicht allein der Gesichtspunkt entscheidend sein, in welchem Ausmaß ihre Einsetzung notwendig war. Bei den Eratsberatungen im Reichstag wurde bereits von der Regierung der durch die Mehrheit gebilligte Standpunkt vertreten, daß gegenwärtig der Zeitpunkt für eine völlige Einstellung noch nicht gekommen sei. Die TN ist eine Versuchsmaßregel, eine prophylaktische Maßnahme. Man kann nicht aus der Zahl der Einsätze auf ihre Notwendigkeit schließen. Es wurde vergleichsweise darauf hingewiesen, daß man die Notwendigkeit der Polizei nicht mit der Zahl der Verhaftungen begründen könne. Ähnlich liege es bei der TN. Ihr Vorhandensein allein hat oft genügt, daß die Notstandsarbeiten von der Arbeiterschaft ausgeführt und dadurch eine Einsetzung der TN nicht nötig wurde. Der Rückgang der Einsatzfähigkeit erklärt sich ganz einfach damit, daß Arbeitsniederlegungen in lebenswichtigen Betrieben in der letzten Zeit deshalb kaum zu vermeiden waren, weil von Arbeitstämmen infolge der großen Arbeitslosigkeit abgesehen wurde. — Behauptungen, es bestehe eine „stingende Verbindung“ zwischen TN und Unternehmerorganisationen, entsprechen nicht den Tatsachen. Die TN arbeitet vielmehr nur mit den ihr zur Verfügung gestellten Reichsmitteln. Private Geldquellen werden von ihr nicht beansprucht. — Auch davon kann keine Rede sein, daß die TN für ihre Abgebanten neue Wirkungsgebiete suche. Die Werbung von Nothelfern, ihre Ausbildung, die Schulung der Führer sind für die von der TN verlangten Gewähr der Einsatzbereitschaft unentbehrliche Maßnahmen. Es sind dies Aufgaben, wie sie in ähnlicher Weise bei jeder Organisation, gleich welcher Art sie sind, anfallen. — Die praktische Einsatzfähigkeit vollzieht sich auf Grund der zuständigen Richtlinien. Vorbedingung für jeden Einsatz ist nicht ein ausdrückliches Verlangen der Unternehmer, sondern die auf Grund eines festgestellten öffentlichen Notstandes erfolgte Anforderung der zuständigen Verwaltungsbehörde. In diese Vorbedingung nicht erfüllt, dann findet ein Einsatz nicht statt. Es liegen Fälle vor, wo von den Arbeitgebern beantragte Einsätze von der TN oder von der Verwaltungsbehörde abgelehnt wurden. Die TN kann daher als eine im Dienste der Unternehmer stehende Streikbrecherorganisation nicht angesehen werden, sondern ist eine durchaus neutrale und überparteiliche Organisation, deren Loyalität der Loyalität des Reichs unterliegt.“

Die TN ist, wie diese Erwiderung zeigt, selbst nicht in der Lage, ernsthaft ihre Existenzberechtigung zu beweisen. Ihre Aufspielung als schwarzer Mann, vor dem aus Angst die streikenden Arbeiter die Notstandsarbeiten verrichten, sowie ihr Vergleich mit Polizei und Feuerwehr ist geradezu lächerlich. Wären ihre Argumente richtig, so wäre vor dem Jahre 1919 die TN auch schon notwendig gewesen. Es bleibt also dabei, die TN ist eine überflüssige, Arbeiter, Republik und Bürgerfrieden gefährdende Einrichtung, die schleunigst aufgelöst werden muß.

Der Generalstreik in England.

Seit Mitternacht vom 3. zum 4. Mai wogt in England ein wirtschaftlicher Kampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum von einer Ausdehnung, wie ihn England noch nie erlebt hat und der in der Welt höchstens von dem deutschen Generalstreik gegen den Rapp-Busch übertriffen wurde. Der englische Eisenstreik hat seine Ursache in der Krise, in der sich der englische Bergbau seit längerer Zeit befindet, woran die Aufhebung der Ruhrbesetzung schuld sein soll. Die englische Regierung gewährt deshalb seit drei Vierteljahren den Bergherren Staatsunterstützungen, die sich bereits auf 500 000 000 Mark belaufen. Damit sollten die Bergwerke rationalisiert, d. h. auf den neuesten Stand der Technik und die beste Betriebs- und Verkaufsorganisation gebracht werden. Statt dessen haben die Berggewaltigen aber das Geld in Ausfuhrprämien verpulvert, um auf dem Weltmarkt die Preise zu unterbieten. Sie trieben also, um ein englisches Wort zu gebrauchen, selbst Dumping, vor dem sie sich von deutscher Seite her so sehr fürchten. Die Regierung will nun ihre Unterstützungen stark einschränken. Um konkurrenzfähig zu bleiben, denkt das Unternehmertum auch heute noch nicht daran, die Rationalisierung der Bergwerke durchzuführen, sondern mautet den Arbeitern Lohnföhrungen, Arbeitszeitverlängerung und Abschaffung des zentralen Lohntariffs zu. Das letztere bedeutet, daß nicht nur das zentrale Lohnminimum beseitigt wird, sondern die zentralen Bergarbeiterorganisationen werden dadurch selbst gefährdet.

Die Regierung hätte nun in diesem schweren Konflikt auf die Grubenbesitzer einen Druck ausüben können, damit die Arbeiter ein annehmbares Verhandlungsergebnis erzielen. Der konservative Ministerpräsident Baldwin zeigte aber dazu keine Neigung. Er benutzte vielmehr den inzwischen in der Druckerlei der „Daily Mail“ ausgebrochenen Konflikt dazu, über Berggewaltigen der öffentlichen Meinung zu heulen. Dieses Blatt ist eines der übelsten Heftblätter der Welt in nationalistischer wie reaktionärer Beziehung. Das Druckerpersonal weigerte sich nun, eine Nummer dieses Blattes herzustellen, die einen wüsten Heftartikel gegen die Bergarbeiter enthalten sollte. Diese untergeordnete Sache und die Drohung des Generalstreiks der Gewerkschaften mit dem Generalstreik benutzte nun Herr Baldwin als Anlaß, die Unterhandlungen einzustellen.

Der Generalrat der Gewerkschaften stand von vornherein voll und ganz hinter den Forderungen der Bergarbeiter. Er machte nun den Konflikt zu dem seinigen. Eine Vorstandskonferenz beschloß daraufhin den Generalstreik. Außer den Bergwerken wurden sofort stillgelegt die Transport- und Verkehrsbetriebe, Buch- und Zeitungsdruckerien, Metall- und chemische Industrie, das Baugewerbe und die Gaserzeugung. Ganz selbstverständlich verjüngten Unternehmer und Regierung mit Streikbrechern, die in England infolge der monatelangen großen Arbeitslosigkeit leicht hätten zu finden sein können, den Streik zu erschleichen. Aber die Streikbrecher kamen doch

nur in ungenügender Zahl. Auch die Mobilmachung des Militärs hat dem Streik bisher nicht geschadet. Im Gegenteil, am 7. April traten auch die Arbeiter der Elektrizitätswerke in den Streik, wodurch eine Anzahl weiterer Betriebe, wie die der Textilindustrie, von selbst stillgelegt wurden. Inzwischen sind auch die Seeleute in den Streik getreten.

Internationale Solidaritätskundgebungen zeigten sich sofort. Die deutschen und französischen Bergleute, der Deutsche Verkehrsband und der deutsche Einheitsverband der Eisenbahner haben jede Streikarbeit abgelehnt. Der Bundesausschuß des A.D.B. beschloß am 7. Mai nach einem Referat des Bundesvorsitzenden Leipart folgende Resolution:

„Der Bundesausschuß erklärt einmütig seine volle Bereitschaft, die englischen Gewerkschaften in der erfolgreichen Durchführung ihres großen Kampfes nach Möglichkeit zu unterstützen. In der Erkenntnis, daß der Ausgang des Kampfes auch auf die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß haben kann, ruft der Bundesausschuß die Arbeiter Deutschlands an, trotz der eigenen schwierigen Lage ihr Bestes zu tun, um den englischen Arbeitern Hilfe zu leisten und so auch in diesem Falle die altbewährte internationale Solidarität durch die Tat zu beweisen. — Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die von ihm

vorbereitete allgemeine Sammlung schnellstens zur Durchführung zu bringen. Die Ortsämter des A.D.B. im ganzen Reich werden verpflichtet, die für diesen Zweck bestimmten Sammellisten des Bundes sofort in Umlauf zu setzen. Andere Sammellisten als diejenigen des A.D.B. sind in jedem Falle zurückzuweisen. — Alle Gelder sind zwecks Übermittlung an den F.O.B. an die Bundeskasse des A.D.B. in Berlin abzuliefern.“

Der anwesende Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklärte im Namen seines Vorstandes, daß seine Organisation diesem Beschluß beitrete und ihre Mitglieder auffordern werde, auf die vom Bundesvorstand herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen.

Die Sache der englischen Bergarbeiter ist auch unsere Sache. Bricht der englische Streik ergebnislos für die Arbeiter zusammen, so wächst nicht nur der englische Unternehmermut bis ins grenzenlose, sondern unsere deutschen Kapitalisten werden dann alles daransetzen, ihre alte Sehnsucht nach Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne, Schwächung der Gewerkschaften usw. zu stillen.

Darum, deutsche Arbeiter, übt Solidarität mit den englischen Klassengenossen!

Re.

Der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften

tagle vom 17. bis 20. April 1926 in Dortmund. Er erklärte sich von vornherein mit den völkisch-gelben Heldentaten, der Behrens und Meyer und mit dem Verhalten des Vorstandes des christlichen Gesamtverbandes dazu, dadurch solidarisch, daß er Herrn Behrens zu seinem Vorsitzenden erkor. Generalsekretär Otte tat dann den Fall Behrens folgendermaßen ab:

„Das Uebelste an diesem Fall ist aber, daß er fast ganz in den parteipolitischen Interessentstreit hineingezogen wurde. In bezug auf den Kollegen Behrens muß gesagt werden, daß es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht einreihen darf, daß wir Männer, die mehr als 25 Jahre der Bewegung treu dienen und ihr in schwerer Zeit unschätzbare Dienste leisteten, aus solchen Anlässen und wegen einer Inkorrektheit — die von Behrens selbst zugegeben wurde — fallen lassen oder ihnen das Vertrauen entziehen.“

Also, wenn ein Gewerkschaftsführer von Unternehmern 5000 Mk. entgegennimmt, was doch bedeutet, daß die betreffende Gewerkschaft Unternehmer- und nicht Arbeiterinteressen wahrnehmen soll, und wenn dieser Gewerkschaftsführer (sogar entgegen dem Willen der Unternehmer) das Geld im Interesse hochverräterischer Verschwörerorganisationen verwendet, so ist das nach Herrn Otte nur eine Inkorrektheit. Der Kongreß hat die Meinung des Herrn Otte widerprückslos entgegengenommen, er hat zum Schluß Herrn Behrens in den Ausschuß des Gesamtverbandes gewählt, und dieser hat ihn wiederum in den Vorstand des Gesamtverbandes delegiert. Damit hat der christliche Gewerkschaftskongreß dokumentiert, daß ihm jedes Reinlichteitsgefühl gegen Gelbe und Verschwörerbanden abhanden gekommen ist. Warum, so muß man fragen, haben denn die Christlichen einen so energischen Kampf gegen die Gelben in den letzten Jahren geführt? — Wie immer auf christlichen Kongressen, setzte man sich auch in Dortmund mit dem Sozialismus auseinander. Früher besorgte das die „wissenschaftliche Leuchte“ der Christen, Herr Dr. Theodor Brauer in so konfusser Form, daß man sich schüttelte. Diesmal trat Stegerwald der „Große“ selber auf den Plan, ohne es besser zu machen. Aus dem trausen Gewirr seiner Rede können wir nur einige Blüten zitieren:

„Die sozialistische Arbeiterschaft ist im Gegensatz zu Volk, bürgerlicher Gesellschaft und Staat gewachsen. Der deutschen Arbeiterschaft ist das deutsche Schicksal in die Hände gespielt worden und sie war nicht reif, um es zu gestalten. Sie war eben nicht darauf vorbereitet. Schuld an der Unreife der Arbeiterschaft war einmal der Sozialismus, der sie im Gegensatz zu Staat und Volk erzog.“

Soll man glauben, daß Stegerwald, der seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben und an der Spitze der christlichen Gewerkschaften steht, diesen Unfinn aus mangelnder Kenntnis der Dinge daherredet? Die sozialistische Arbeiterschaft soll im Gegensatz zum Volk erzogen worden sein. Das Volk besteht bekanntlich in seiner überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern und diese sind in der Mehrheit sozialistisch. Das heißt also, frei nach Stegerwald, die Arbeiter sind gegen sich selbst erzogen worden. In Wirklichkeit hat es noch keine Bewegung gegeben, die so stark mit dem Volke und für das Volk gearbeitet hat als die sozialistische, was doch selbstverständlich ist, da die ganze sozialistische Ideologie nur im Volke wurzelt. Daß die sozialistische Arbeiterschaft beim monarchistischen Klassenstaat der Hohenzollern feindlich gegenüber stand, ist doch natürlich. Sollte sie sich etwa für ihn begeistern, nachdem sie praktisch von jeder öffentlichen Tätigkeit ausgeschaltet wurde? Sollte sie sich für einen Staat begeistern, der

sie zwölf Jahre lang unter ein Ausnahmegesetz schlimmster Art stellte? Sollte sie sich etwa für einen Staat begeistern, der selbst unter dem gemeinen Recht sie in der wütendsten Weise verfolgte? Und doch hat die sozialistische Bewegung mehr für den Staatsgedanken getan als alle „Heberpatrioten“ zusammengenommen. Ihre ganze Wirtschaftspolitik, ihre Steuerpolitik, ihre Sozialpolitik hat den Staatsgedanken in der Arbeiterschaft viel mehr gefördert als alle patriotischen Phrasen des Bürgerlums. — Daß Stegerwald auch wieder über den Klassenkampf und die internationale Klassenbiologie zeterle, versteht sich bei ihm am Rande. Dabei ist sein Gerebde nichts anderes als eine Heuchelei gegenüber dem Unternehmertum. Dieselben Christen, die gegen den Klassenkampf zetern, betätigen ihn praktisch oft, wie die vielfach mit den freien Gewerkschaften zusammengeführten Kämpfe beweisen. Es ist doch sonderbar, wenn in diesem Zusammenhange Stegerwald über internationale Klassenbiologie räsoniert, nachdem die Christlichen seit einigen Jahren ebefalls international organisiert sind, was ja unter anderem auch die Anwesenheit internationaler Gäste auf dem christlichen Kongreß bewies. — Stegerwald kam dann auf die Staatsform zu sprechen und sagte:

„Wir haben uns ohne Rücksicht auf die Staatsform positiv einzustellen zum Staat. Man kann grundsätzlich Monarchie und trotzdem ein guter Diener der Republik sein. Den besten Beweis dafür liefert der gegenwärtige Reichspräsident v. Hindenburg.“

Hindenburg in diesem Zusammenhang als Republikaner hinzustellen, ist keineswegs ein glückliches Beispiel, wenn man bedenkt, daß er nach seinem Regierungsantritt nichts Eiligeres zu tun hatte, als den Offizieren a. D. zu erlauben, die verlaubten kaiserlichen Uniformen wieder zu tragen, der durch seine Politik es dahin brachte, daß der Duellunfall nicht verboten wurde und der durch seine neueste Verordnung in der Flaggenfrage dem monarchistischen Gedanken in schönster Weise Vorschub leistet. Daß der „Republikaner“ Stegerwald in der Flaggenfrage nicht anders als Hindenburg und Luther denkt, bewies er mit folgendem Satz:

„In der Fahnenfrage wäre es meines Erachtens am besten, wenn in absehbarer Zeit ein Kompromiß zustande kommen könnte.“

Man braucht sich nach der Erledigung des Falles Behrens-Meyer nicht zu wundern, wenn Stegerwald auch ein freundliches Kopfnicken für die sogenannten vaterländischen Verbände übrig hatte und behauptete: „Dagegen kann kein Mensch in unserem Lager etwas haben“, nämlich, daß „in freier Organisation wenigstens der Geist der Behrmacht erhalten werden müßte“. Das Reichsbanner kanzelte er dafür folgendermaßen ab:

„Neben vielen vernünftigen und ernstern Leuten haben sich nämlich im Reichsbanner wohl auch alle verschrobenen Hyperpositiven zusammengefunden und suchen dort jeden deutschen Selbsterhaltungswillen und jedes gesunde Selbstbewußtsein nach außen zu zerklagen.“

Nach Stegerwald wurden noch Referate gehalten von Imbusch, Fahrenbrach, Wohlfahrtsminister Hirtjesler, Duden, Balltruch und Dr. Köhr. Dieser christliche Kongreß hat bewiesen, daß die Arbeiterschaft den christlichen Gewerkschaften mit noch größerem Mißtrauen gegenüberzutreten muß als es bisher schon geschah. Die Werbearbeit für die freien Gewerkschaften muß deshalb in um so größerem Maße einsehen!

O. A.

Was lehrt uns die Krise?

Der größte Teil unserer Kollegen betrachtet die Krise, die jetzt die gesamte Wirtschaft Deutschlands erschüttert, als eine Erscheinung, die lediglich die private Industrie betrifft und auch von dieser Seite gelöst werden muß. Jeder, der sich mit den wirtschaftlichen Triebkräften etwas näher befaßt, ist sich klar, daß diese Krise auch ihre Rückwirkung auf öffentliche Betriebe haben wird. Unser Produktionsapparat ist, um mit Erläuterung zu reden, gleich 1913, während der amerikanischen gleich 1925 ist. Dieser Rückstand von zwölf Jahren, gemessen an wirtschaftlicher Entwicklung, ist die Ursache unserer Abhängigkeit auf dem Weltmarkt. Alle Weisheit unserer weitgerühmten Wirtschaftskapitäne hat unser Wirtschaftsschiff nicht aus Klippen herausführen können. Diese herrschenden, die glaubten, ihre Profite zu erhöhen, bündelten sich jetzt in einer Kadavere. Der Weltmarkt ist ihnen versperrt, der Inlandmarkt ist durch ihre ausschweifende Lohnpolitik so gut wie abgestorben, das Riesengebiet der Arbeitslosen wird zur dröhnenden Gefahr. Ist das die große wirtschaftliche Erkenntnis, daß Millionen von Menschen unproduktiv sind, während der Inlandmarkt noch Ware hungert? Diese furchtbaren Fehlschlüsse, deren Opfer die arbeitende Menschheit ist, zwingt einschneidende Wirtschaftstrenne, andere Bahnen zu beschreiten. Diese Einsichtsvollen werden als Sieger aus dieser Krise hervorgehen. Produktionssteigerung mit Hilfe der Technik und des Arbeiters, Produktionsverbilligung nicht nur auf Quantität, sondern vor allem auf Qualität und Steigerung der Löhne zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen und Belebung des Innenmarktes. Auf dieser Grundlage nur kann die deutsche Wirtschaft das verlorene Gelände auf dem Welt- und Innenmarkt wieder gewinnen.

Dieser Weg, den die deutsche Wirtschaft gehen muß, wird tief einschneidende Maßnahmen auch für die öffentlichen Betriebe erfordern. Die Förderung der Industrie in ihrer Entwicklung auf einen Prozentigen Abbau der öffentlichen Ausgaben gibt Veranlassung zum Nachdenken. Jenen Bestrebungen interessierter Kapitalisten, auf die Gestaltung der öffentlichen Unternehmungen möglichen Einfluß zu gewinnen, ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Um diese äußeren Einflüsse abzumehren, die eine große Gefahr für unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, gibt es nur den einen Weg: Umgestaltung der öffentlichen Betriebe zur höchsten Wirtschaftlichkeit auf rationaler Grundlage.

Wenn schon eingangs erwähnt worden ist, daß der Produktionsapparat durch seine Rückständigkeit die Hauptschuld an dieser Krise trägt, so sind diese Voraussetzungen zum weitestgehenden Teil auch für die öffentlichen Betriebe maßgebend. Wenn dieser Mangel nicht so offensichtlich wie bei der Privatindustrie aufgetreten ist, so hat das seine Ursache darin, daß die öffentlichen Be-

triebe, soweit sie verbundene Natur sind, meist Monopolbetriebe sind. D. h. das Abgabegeld erstreckt sich nicht über das Inland hinaus, die Preisgestaltung unterliegt meist den politischen Körperlichkeiten und regelt sich je nach deren Zusammenlegung. Nun ist man meist bestrebt gewesen, auf Kosten der kleinen Konsumenten niedere Tarife für die Industrie festzusetzen. Setzte die Industrie ihre Wünsche nicht durch, so ging sie zur Eigenerzeugung über oder sie schloß sich im großen Kreis zusammen und errichtete in ländlichen Gegenden ihre Kraftquellen, die infolge ihrer anfänglichen Billigkeit die Städte einkreisten und dadurch von außen einen wirksamen Druck auf die innere Preisgestaltung ausübten. Die private Fernversorgung für Gas, Strom und Wasser sind Beweis dafür. Ob diese kommunalen Werke bei der Tarifpolitik bestehen konnten, war eine weniger hauptsächlich Frage, es war nur noch eine Hauptfrage, möglichst viel Gewinn obenbreiten herauszulieben, damit die Steuerleistung der Besitzenden auf ein möglichst geringes Maß herabgedrückt werden konnte. Die Lasten, die den Gemeinden in der Kriegs- und Nachkriegszeit aufgebürdet wurden, und die obenwähnten Umstände haben dazu beigetragen, daß unsere Werke zum großen Teil heruntergewirtschaftet sind. Das hatte zur Folge, um einem drohenden Zusammenbruch zu entgehen, daß die Städte genau wie die Industrie den Weg nach Amerika gingen, um Kapital für den Aufbau kommunaler Werke zu erhalten. Als das Ausland den kommunalen Anteilen Sympathie entgegenbrachte, ließen die weitgerühmten deutschen Wirtschaftskapitäne Sturm und sprachen von einer kommunalen Wirtschaft. Diejenigen Kreise sprachen davon, die durch ihren Einfluß in den öffentlichen Körperlichkeiten die Krise der deutschen Gemeinden mit verschuldet hatten. Es waren die Kreise, die danktrotz am Boden lagen und hilfesuchend sich ans Ausland wandten. Jeder ernsthaft denkende Kommunalpolitiker sollte aus diesem Vorgehen die Lehre gezogen haben, daß eine Unterstützung aus privaten Kapitalisten nicht zu erwarten ist. Nun ist es unsere zwingende Pflicht, mit aufzubauen zu helfen.

Der Aufbau hat sich in zwei Hauptrichtungen zu vollziehen, und zwar in technischer und organisatorischer Hinsicht.

Wenn dieser Aufbau zugunsten der kommunalen Wirtschaft auszugetragen soll — und das ist unser ernstes Bestreben —, so gehören in die leitenden Stellen Leute, die die Technik und Wirtschaft beherrschen. Diese Leute kosten allerdings Geld. Hier ist schon manchmal bei Anstellung solcher führender Kräfte in den betreffenden Kommissionen Widerstand zu verzeichnen gewesen, da derartige Gehälter für die Gemeinde untragbar seien. Das sind aber solche Aufstellungen. Uns ist ein Fall bekannt, wo der neue leitende Direktor seine Gehaltsforderung auf das Doppelte des früheren Direktors

Ein Blick in die englische Literatur.

II.

Von Joh. Hut.

England hat nicht nur durch zahlreiche Erfindungen die Technik wesentlich gefördert, es hat auch auf manchen Gebieten der Literatur Neues geschaffen. Es hat es auch auf die Muster für den bürgerlichen und höfischen Roman und für die bürgerliche Tragödie geliefert.

Joseph Addison und Richard Steele folgten mit vereinten Kräften und frohen Mute den Spuren Defoes. Sie waren die ersten englischen Journalisten von Bedeutung, gaben mehrere Zeitungen heraus, darunter die *Londoner Gazette*, die noch heute die englische Amtszettelung ist.

Samuel Richardson war der Sohn eines Schuhmachers. Er ist der Schöpfer des bürgerlichen, moralisierenden Romans. Seine Romane: *Pamela* und *Clarissa* fanden nicht nur in England, sondern auch in Frankreich und besonders in Deutschland großen Anklang. Sittlichkeit und Sineskeit galten in ihren Romanen lebenswichtige Menschen und erweckten bei ihren Lesern lebhaftes Interesse durch viele mit Bijou und Humor geschriebene komische Situationen. Den schönen Roman: „Der Vöndprediger von Barsefeld“ von Oskar Goldsmith hat Goethe in seinem Werther rühmend erwähnt. Oberdramatische Beispiele: „Die Ästherische“ und „Die Theaterprobe“ sind das Beste, was die englische Komödie seit Shakespeares Zeit geschaffen hat.

Zu den bedeutendsten Schriftstellern des 18. Jahrhunderts gehören: Der unbekannte Verfasser der *Junius-Briefe*, der freimütig für die Grundrechte der Verfassung gegen König Georg III. in die Schranken trat. Adam Smith wies in seinem Buch: „Untersuchung über Natur und Ursache des Wohlstandes der Völker“ nach, daß die Arbeit die Quelle alles Wohlstandes ist. Auch der Physiolog

David Hume, von dem Kant sagte, daß er seinen dogmatischen Schlummer gelöst habe, ist hier zu nennen. Hume hat eine berühmte Geschichte Englands geschrieben. Ein Meisterwerk englischer Prosa ist die auf strenge Quellenforschung beruhende „Geschichte vom Untergang Roms“ von Edward Gibbon. Die von der Entstehung des Christentums handelnden Kapitel sind den Kirchenschriftstellern stets ein Brennpunkt gewesen.

Thomas Chatterton ist eine der rätselhaftesten Erscheinungen in der Dichtergeschichte. In frühem Alter, um Waisen zu werden, hat er sich im Alter von 17 Jahren aus Not das Leben genommen. Seine igitischen Gedichte gehören zu den besten der englischen Literatur. Heute steht in Bristol ein kostbares Denkmal des jungen, verhungerten Dichters. Ein winziger Teil der Kosten hätte genügt, ihn am Leben zu erhalten. Einige Verse aus seiner Tragödie: „*Benbow*“ (Ed. *Engel*): „Sich war sein Mund wie Droffeltung. — Sein Lenz so süchtig wie Gebären. — Hierlich sein Landburin erklingt. — Nun halten ihn des Grades Schranken. — Mein Lieb ist tot!“

William Wordsworth, der in seinen Dichtungen mit Vorliebe das freundliche Bauen der Natur mit philosophischem Geist behandelt, stand bei seinen Zeitgenossen in hohem Ansehen.

Robert Burns ist der volkstümlichste Lyriker Englands. Im Geburtsjahre Schillers 1759 erblickte er das Licht der Welt in einer armen Hütte, die der Sturm acht Tage nach seiner Geburt umwarf. Burns hat nur ein Alter von 37 Jahren erreicht, er war ein bescheiden Landmann, der früh mit der Berde sich von seinem Lager erhob und, hinter dem Pfluge hergehend, seine unvergänglichen Lieder schuf. Er hat nur wenige Bücher gelesen, zwei hat er aber gründlich studiert: die Natur und das menschliche Herz. Burns hat viele roffe Mädchenlippen geküßt und den schädelmenden Becher nicht verachtet; die Scheinheiligkeit und Heuchelei seiner puritanischen Landsleute waren ihm ein Dorn im Auge. Kein Dichter hat die Liebe herrlicher besungen, kein Dichter die Freiheit

stellte. Trotz des dagegen gelaufenen Sturms wurde die Anstellung perfekt. Wenn man die Leistungen des neuen Direktors berechnet, so stellt sich heraus, daß sich dieser Mann durch seine Betriebsergebnisse gegenüber seinem Vorgänger in einem Monat bezahlt macht. Für 11 Monate hat also die Stadt den größeren Nutzen. Wenn sich solche Kräfte erst frei entfalten können und wirkliche Anhänger der Gemeinwirtschaft sind, so ist uns und auch der Öffentlichkeit für die Zukunft geholfen. Aber das ist noch nicht allein ausschlaggebend. Der beste Techniker und Wirtschaftler versagt, wenn die Sympathie der lebendigen Arbeitskraft fehlt. Psychisches Einfühlen in die Arbeiterschaft ist erste Voraussetzung. Ist es vorhanden und ehrlich gemeint, so haben wir als Arbeiterschaft alles daranzusetzen, den Kontakt nicht zu verlieren. Solche Leute, die ein Maß von Können und die Sympathie der Arbeiterschaft flüht, sind uns auch förderlich bei Gestaltung unserer Tarifverhältnisse. Wenn z. B. die Gemeinde I. als Leiter eines großen Betriebes einen Sozialisten wählt, ist es dann nicht unsere Pflicht, diesem Genossen oder einem anderen ehrlichen Gemeinwirtschaftsvertreter mit Rat und Tat zur Seite zu stehen? Wenn dieser Mann bei ernsthafter Arbeit seine Aufgabe zu lösen, mit durch unsere Schuld fällt, so verständigen wir uns stark an dem Gedanken der Gemeinwirtschaft. Es ist unsere zwingende Pflicht, durch praktische Ergebnisse den Gegnern zu beweisen, was Gemeinwirtschaft zu leisten imstande ist.

Wir verlangen von der Industrie und deren Arbeiterschaft durch Umgestaltung der Produktion eine Preislenkung. Mit demselben Recht verlangen unsere Arbeitsgenossen auch Senkung der Preise für die Produkte, die wir herstellen. Aber nicht allein das, wir müssen auch darauf bedacht sein, mehr wirtschaftlich zu denken und zu handeln. In diesem Jahre werden in verschiedenen Freistaaten die Wahlen für die Gemeindefamern stattfinden, und in den meisten Gemeinden wird auf eine sozialistische Mehrheit gerechnet. Der Erfolg kann aber nur dauernd sein, wenn Gemeinbearbeiter und sozialistische Gemeindevertreter hand in hand arbeiten. Bisher hat es oft an dieser Zusammenarbeit gefehlt.

Wie soll nun unsere Mitarbeit vor sich gehen? Zunächst sind praktische Vorschläge zu machen, inwiefern die menschliche Arbeitskraft auf die Maschine zu übertragen ist. Ferner Angabe praktischer Werkzeuge und Geräte, die zu unserer Arbeitsleistung notwendig sind. Die Anwendung der rein menschlichen Arbeitskraft ist so zu gestalten, daß mit dem geringsten Kräfteaufwand der höchste Leistungseffekt erzielt werden kann.

Wir leben jetzt im Zeitalter der Maschine und der Drang der Arbeiterschaft geht dahin, die Arbeitsvorgänge, die die physische Arbeitskraft so stark in Anspruch nehmen, auf die Maschine zu übertragen. Nun müssen von unseren Kollegen, soweit sie derartige Vor-

schläge machen und von der Verwaltung berücksichtigt werden sollen, verschiedene Umstände anerkannt werden: 1. Macht sich die Maschine bezahlt? 2. Welche Leistung hat sie zu vollbringen? 3. Wie ist das Größenverhältnis zu dem zu bearbeitenden Material? 4. Welcher Raum und welche Arbeitskraft kommt in Frage?

Zu 1. muß berechnet werden, welche Arbeitsleistung will ich der Maschine übertragen? Was kostet die Arbeit jetzt, Arbeitslohn und Werkzeugverbrauch. Was ist der Anschaffungspreis der Maschine? Ist mir der Anschaffungspreis bekannt, so muß ich damit rechnen, daß jährlich für die Maschine rund 2 Proz. Abschreibungen vom Kaufpreis zu berechnen sind. Und ferner, was kostet die Kraft der Maschine?

Zu 2. Wert muß darauf gelegt werden, ob die Maschine bei Anschaffung voll ausgenutzt werden kann. Eine Maschine, die wenig gebraucht wird, ist für die Arbeitsstunde viel teurer als Handarbeit.

Zu 3. Die Art sowie die Größenverhältnisse des zu bearbeitenden Materials ergeben die Größe und Art der Maschine.

Zu 4. Die Räumlichkeiten, in denen die Maschinen untergebracht werden sollen, müssen der Größe nach beurteilt werden, und zwar wegen Unfallgefahr sowie Witterungseinflüssen. Ferner muß die Maschine möglichst in der Nähe des zu bearbeitenden Materials oder in möglicher Nähe der Weiterverarbeitung oder Verbrauch aufgestellt werden. Bei der Antriebskraft ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sie möglichst in die Räder der Kraftverteilung kommt. Wenn dies nicht möglich ist, dann ist der kürzeste Weg vorzuschlagen, auf dem die Kraft zu beziehen ist. Die Antriebskraft selbst muß errechnet werden, welche als billigste in Frage kommt. Als Unterlage diene die Laufzeit der Maschine sowie die Tageszeit der Benutzung. Es kann vorkommen, daß eine Maschine nur 4 Stunden täglich gebraucht wird, die Kraftanlage könnte die Maschine nicht versorgen, wenn sie erweitert wird. In der Kraftanlage sind aber bestimmte Tageszeiten, wo sie nicht voll beschäftigt ist, da müssen die Zeiten für den Antrieb der Maschine gewählt werden, die außerhalb der Spitzenleistungen der Kraftanlage liegen.

Im allgemeinen muß darauf Bedacht genommen werden, daß der ganze Arbeitsprozeß, vom Rohstoff bis zur Abgabestelle, als fertiges Produkt, einen geschlossenen Kreis bildet, d. h. jedes Nebeneinander und Durcheinander während der Herstellung ist zu vermeiden. Der Arbeitsprozeß kennt nur einen Weg, Neben- und Zwischenwege sind auszuschalten.

Wenn wir uns bisher mit der Maschine und ihrer zweckmäßigen Verwendungs beschäftigt haben, so müssen wir uns auch damit beschäftigen, wie die Maschine am zweckmäßigsten unterhalten wird. Vor allen Dingen ist es notwendig, anzustreben, bei Bestellung von Maschinen möglichst einen Lieferanten zu beibehalten. Hier können bedeutende Erleichterungen bei Bestellungen von Ersatzteilen erzielt

höher geschätzt als der Sohn des schottischen Hochlandes: Robert Burns. Einige Verse aus: „Trog alledem“ (Freiligrath):

Oß Armut euer Los auch sei, hebt hoch die Stirn trog alledem!
Geht süß dem feigen Knecht vorbei, wagt's arm zu sein, trog alledem!

Trog alledem und alledem, trog niederem Blad und alledem!
Der Rang ist das Gepräge nur, der Mann das Gold trog alledem!
Und sitzt ihr auch bei lagem Wahl, in Zwilling und Wein und alledem!

Gönnt Schurken Samt und Goldpotat: Ein Mann ist Mann trog alledem!

Trog alledem und alledem, trog Brunt und Bracht und alledem!
Der brave Mann, wie dürftig auch, ist König doch trog alledem!

Einige Verse aus einem Liebeslied von Burns:

Wie Gold sind ihre Wächchen, doch dunkler glänzt des Auges Brau,
Und überwölbt bezaubernd zwei Schelmenglein, süß und blau,
Und lächelt sie, da lächelt sie dem Gram aus jeder wunden Brust.
Zu nippen der Lippen Waldrosentau: welch reiche Lust!

Die Natur hat Lord George Gordon Byron, geboren 1788, mit ihren reichen Gaben förmlich überschüttet. Sie verlieh ihm einen Geist, der Himmel und Erde mit all ihren Reizen und Mängeln poetisch zu gestalten vermochte, einen Körper: schön wie Apollo; aber zugleich mit dem Leid seines Lebens: einem unförmlichen Fuß. Goethe hat die hohe Bedeutung des Dichters des Welt Schmerzes erkannt und ihm im zweiten Teil seines „Faust“ folgende Verse gewidmet: „Nicht zum Erdenglück geboren, — Hoher Ahnen, großer Kraft, — Leider! früh dir selbst verloren, — Jugendblüte weggerafft; — Scharfer Blick, die Welt zu schauen, — Mißsinn jedem Hergensdrang, — Liebesglut der besten Frauen — Und ein eigenster Gesang.“ Byrons erste lyrische Dichtungen wurden von seinen Landsleuten abgelehnt. Da erschienen 1812 die beiden ersten Gesänge seiner unsterblichen Dichtung: „Childe Harolds Pilgerfahrt“, die ihn über Nacht zum berühmten Manne machten. Später hat er dieser

Dichtung noch zwei Gesänge hinzugefügt. Was er auf seinen Reisen in Spanien, Italien und Griechenland persönlich erlebt und empfunden, dem hat er in Versen voll süßen Wohlwills und vollendetester Form in dieser Dichtung Ausdruck verliehen. Seine poetischen Erzählungen: „Der Gesangene von Chillon“, „Razappa“, „Der Corjar“, „Die Braut von Abdos“ und andere gehören zu den besten Erzählungen der englischen Literatur. Byrons Fausttragödie „Manfred“ zeichnet sich durch eine wundervolle Schilderung der Alpenwelt aus. Er hat auch einige Dramen gedichtet, darunter die Tragödie: „Himmel und Erde“, worin er die fürchtbare Lat Rains eigenartig motiviert. Seine letzte und umfangreichste Dichtung ist der „Don Juan“, den er erst in seinem Todesjahr beendete. Zur Befreiung Griechenlands herbeigeeilt, starb er dort in seinem 37. Lebensjahre. Einige Verse aus dem vierten Gesang des „Childe Harolds“ an seine Tochter, die er seit der Scheidung von seiner Frau nicht mehr gesehen hat:

„Ada, mein Kind! Dein Name schmückt dies Lied. — Ada, mein Kind! mit ihm soll es verhalten. — Obwohl dich Aug' und Ohr nicht hört und sieht. — Ich leb' in dir, du bist der Freund vor allen, — Auf den die Schatten fernere Jahre fallen. — Du wirst vielleicht mein Antlitz nimmer sehn. — Doch soll im Traum die meine Stimm' erschallen; — Aus deines Vaters Brust wird sie ertönen, — Ein Zeichen und ein Ton, und dir zu Herzen geben.“

Percy Bysshe Shelley, der Freund Byrons, war einer der edelsten, lebenswürdigsten Menschen und einer der größten Lyriker aller Zeiten. In seiner für Freiheit und Menschenliebe erglühenden Feuerseele pflanzte sich das ganze Univerfum wider, und sein Idealismus hob ihn hoch empor über allen Erdenzwang. Er war Pantheist; in seinen wundervollen Naturschilderungen ist alles belebt und befeelt: Meer und Land, Baum und Blüte. Schon als Knabe empörte ihn die damalige rohe Schuldisziplin, und als 1809 in Manchester Arbeiterunruhen mit Gewalt niedergeschlagen

werden. Auch ist Wert auf leistungsfähige Firmen zu legen. Es kommt oft vor, daß im Anfangsstadium stehende Firmen, um Absatz zu gewinnen, eine billige Offerte machen. Die Maschine wird gekauft. Wenn Ersatzteile gebraucht werden, besteht die Firma nicht mehr und die Maschine ist ziemlich wertlos, weil die Ersatzbeschaffung äußerst schwierig und kostspielig ist. Als typisches Beispiel mag die Umwälzung in der Kraftfahrzeugindustrie gelten. Billig und gut ist selten beieinander. Die teuren Waren, am Preise gemessen, sind, wenn sie den gestellten Anforderungen gerecht werden, fast immer die billigsten. Weiterhin ist noch zu beachten, daß wie beim Kraftwagen, Wassermesser, Gas- und Stromzähler, wenn Wert auf eine bestimmte Marke gelegt worden ist, gleich eine Anzahl Ersatzteile mit gelagert werden können, die eine längere Auserbetriebsetzung vermeiden. Weiter ist auch eine Vereinfachung im Robillardbedarf anzustreben. Könnten nicht in öffentlichen Gebäuden Einheitsmöbel angeschafft werden, die nach einem von der Leitung aufzustellenden Typ hergestellt werden? Wir hätten dann gleich den Vorteil, eine bestimmte Menge Ersatzteile mit anfertigen zu lassen. Manche zerbrochenen Stuhlbeine oder Bettfüße wären in kurzer Zeit ausgewechselt, während jetzt manchmal die Wiederherstellung bald so viel Kosten verursacht, als die Neuherstellung. Das Instandhaltungstonto würde sich ganz bedeutend senken. Dasselbe Prinzip ließe sich anwenden auf Arbeitsgeräte und Werkzeuge.

Jede Arbeit hat einen bestimmten Zweck zu erfüllen. Soll eine Arbeit möglichst rationell gestaltet werden, so ist zuerst der Zweck der Arbeit festzustellen, und zwar so: „Was ist jetzt und was soll erreicht werden?“ Was für Hilfsmittel und Werkzeuge werden gebraucht? Was für Baustoffe und welche Quantitäten sind nötig? Wo lagern diese und wo ist die Arbeitsstätte? Was für Hemmnisse können eintreten durch Verkehr, Bitterung oder Tageszeit? Sind diese Vorfragen geklärt, so ist folgende Grundlage stets im Auge zu behalten: „Mit wenig Kraftaufwand die höchste Leistung zu erzielen!“ D. h. strebe deine Leistungen nicht durch Muskelkraft, sondern durchs Gehirn. Gerade bei dem Transport von Material werden manchmal die Kräfte direkt verworfen. Wenn es wirklich schwierig ist, die entsprechenden Feststellungen zu treffen, dann beachte: „Die Schwere des Materials, den Weg, die Bodenverhältnisse, das Transportmittel und die zur Verfügung stehenden menschlichen Hilfskräfte.“ Berechne weiter, ob Pferde- oder Kraftwagen vorteilhafter ist. Bei der Ablagerung am Arbeitsplatz ist auf Gebrauch und Schwere des Materials Wert zu legen, damit nicht schwere Baustoffe über leichtes Material kommen oder weit von der Arbeitsstätte lagern. Es kann auch die Gliederung nach dem Gebrauch vorgenommen werden. Auf Weg- und Kraftersparnis ist der größte Wert zu legen. Denke bei jeder Arbeitsleistung, die du ausführst, daß du dich selbst betrügst, wenn du nicht denkst.

wurden, schrieb er ein Gedicht, worin er ausführte, daß Pferd und Kind Heim und Nahrung haben, nur viele Menschen nicht. Eduard Engel sagt in seiner englischen Literaturgeschichte: „Shelley ist der revolutionärste Dichter aus dem revolutionären ersten Viertel des 19. Jahrhunderts.“ Shelleys Jugendwerk: „Die Feenkönigin“ zeugt von tühner Phantasie. Er sagt darin, daß die Menschheit erst glücklich sein wird, wenn es keine Könige, keine Priester und damit keine Kriege mehr gibt. Dann schrieb er seine lyrischen Erzählungen: „Mastor, die Empörung des Islam“, „Julian und Madala“ und andere. Von den beiden Dramen Shelleys: „Der eisefesselte Prometheus“ und „Die Gelei“, gehört das letztere zu den ergreifendsten Tragödien der Weltliteratur. Shelleys sämtliche Dichtungen berauschen uns durch ihren fast zauberhaften Wohlklang der Sprache und sind durchweht vom Hauch der Liebe zur Freiheit und zu allem, was lebt und webt auf dem weiten Erdenrund. In seinem 30. Lebensjahre fand er den Tod in den Wellen. Die Schlussverse seines Liedes „An eine Lerche“: „Besser als geschraubter Melodien Brunnst — Besser als verstaubter Bücher Weisheitsdunst. — Halb nur deine Lust wolle mit mir täuschen; — Dann aus meiner Brust soll ein Lied entauschen. — Dem würde, wie ich dir gelauscht, die Erde lauschen.“

Schwankend zwischen glänzendem Reichtum und drückender Geldnot verließ das Leben des Begründers des historischen Romans: Walter Scott. Er hat in seinen Jugendjahren eine Anzahl poetischer Erzählungen verfaßt. Dann schrieb er eine lange Reihe historischer Romane, worin er die Geschichte seines Vaterlandes in spannenden und unterhaltenden Erzählungen darstellte. Seine Romane: „Joanhoe“, „Maerlet“, „Die Braut von Sammermoor“ und andere fanden auch im Auslande freundliche Aufnahme.

Die Romane Edward Bulwers, von denen „Die letzten Tage von Pompeji“ der bekannteste ist, wurden in viele Sprachen übersetzt. Eine interessante Erscheinung unter den englischen

Wenn dieser Gedankengang Gemeingut wird, dann sind die Angriffe auf Verlängerung der Arbeitszeit endgültig erledigt, dann kann auch nicht mehr über Unrentabilität gesprochen werden. Mancher Leiter der Betriebe wird starken Widerstand leisten, aber das muß um der Gemeinwirtschaft und um unser selbst Willen überwunden werden.

Das Handwerkszeug ist darauf zu prüfen: „Was will ich bearbeiten? Welchen Widerstand des Materials habe ich zu überwinden? Ist das Werkzeug zu groß, zu schwer oder zu unhandlich? Von welcher Güte muß es beschaffen sein? Bei Neuanschaffungen ist zu beachten, inwieweit es dem alten gegenüber einen Fortschritt in bezug auf Kräfteersparnis und Leistungsförderung, Anschaffungspreis und Verwendungsmöglichkeit bedeutet. Wie oft wird dieselbe Schaufel verwendet bei leichtem und schwerem Material. Dasselbe gilt bei Handwagen, deren Eigenschwere im Verhältnis zu dem zu transportierenden Material im schreienden Widerspruch steht. Schaufel und Wagen werden oft zu schwer gebaut, um eine lange Betriebsdauer zu erzielen, aber wieviel Menschenkraft und Zeit durch die Schwere aufgewendet wird, hat man noch nicht berechnet. Uns liegt die Pflicht ob, auf solche unwirtschaftlichen Zustände hinzuweisen, und deren Abstellung zu fordern.

Alle diese Fragen können nicht gelöst werden, wenn die innere Einstellung der Arbeiter dazu nicht vorhanden ist. Wenn auch volkswirtschaftlich die Arbeitskraft als Ware betrachtet wird, so kommt es doch auf den inneren Teil oder die Qualität an. Um die letztere ist in der gesamten Wirtschaft heute ein großes Ringen, und man versucht heute, nicht bloß die Muskelkraft des Arbeiters, sondern auch seine Seele zu gewinnen. Wie soll das geschehen? Der Arbeiter hat nicht nur als ausführender, sondern auch als mitberater, der Faktor im Wirtschaftsleben zu gelten. Die äußerlichen Sorgen, hervorgerufen durch die schlechte Entlohnung sind durch materielle Besserstellung zu beseitigen.

Wenn wir das Mitberaten, Fühlen und Denken im Arbeitsprozeß fordern, so fühlen wir uns veranlaßt, auf den falschen Weg hinzuweisen, der meist gegangen wird. Jedes Unterordnen unter unverständliche Befehle der leitenden Beamten erzeugt nur Unlust im Arbeitsprozeß. Bergibt man sich wirklich so viel an Autorität, wenn man den Ausführenden mit zu Rate zieht. Wird nicht die Autorität mehr untergraben, als durch falsche Anordnungen. Als abschreckendes Beispiel sollte doch die jetzt herrschende Krise der Industrie dienen, die durch überpannte Nachgiebigkeit sich vom Wege der Vernunft entfernt hat und Mühe hat, den rechten Weg zu finden, der zur Gesundung führen soll. Es soll doch endlich einmal ausgeräumt werden mit solchen falschen Nachbegriffen bei den öffentlichen Betrieben, wo alle für die Allgemeinheit arbeiten und der Allgemeinheit verantwortlich sind. Jetzt, wo Staat und Gemeinden ungeheure Pflichten zu erfüllen haben, muß jede Anregung,

Romandichtern ist Benjamin Disraeli. Er hat es im Leben weit gebracht, denn er wurde bekanntlich Lord und Premierminister der Königin Victoria. Charles Dickens ist berühmt durch seine von köstlichem Humor durchwehten Romane: „Die Pickwickler“, „Oliver Twist“, „David Copperfield“ und andere.

Zum Schluß der Anfang des Gedichts: „Der Angriff der letzten Brigade“ von Alfred Tennyson: „Schnell wie des Bliges Strahl, — stürmend und lautend — nieder ins Tobestal — ritten die Tausend — Vorwärts! — der Führer spricht: — sie aber fragen nicht, — ältern und jagen nicht, — Tat und Tod ihre Pflicht; — hindurch das Tobestal — ritten die Tausend.“

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war auch für England die Blütezeit der romantischen Literatur. Die meisten Dichter und Schriftsteller verfenkten ihren Blick in die Vergangenheit und schätzten mit Vorliebe Personen und Ereignisse aus früheren Tagen. Die Wirklichkeit, das Leben der Menschen ihrer Zeit schien ihnen verschlossen, schien ihnen ein Buch mit sieben Siegeln.

Ein ganz anderes Bild bietet die Literatur der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Die Naturwissenschaften hatten ihren Siegeslauf durch alle Kulturstaaten angetreten; Darwin hatte die Entwicklungslehre Lamarcks erneuert; Schopenhauer, Hegel und der Positivismus Komtes hatten den Blick der Schriftsteller erweitert. Viele von ihnen suchten in die Geheimnisse der Natur einzudringen und die Gesetze der Volkswirtschaft zu begreifen.

Ein Dichter von hervorragender Bedeutung, ein Begehrter für die neueste englische Literatur war George Meredith, geboren 1828. In mehreren Romanen und lyrischen Dichtungen behandelt er das Problem vom Aufstieg des Menschengeschlechts und der einzelnen Persönlichkeit. Beginnend mit dem Blut, das ist die Kraft, das tierische Trieb- und Sinnenleben, fortschreitend zum Hirn, also dem Verstand, um schließlich als Geist oder Seele die höchsten idealen Menschentums zu erklimmen. Der Dichter sagt, daß dieser

gang gleich moder sie kommt, aufs wirksamste unterstützt werden zur Vinderung der Not und der Lasten. Leider ist die Strömung derjenigen Kommunalpolitiker, die in unserem Sinne und mit uns arbeiten, noch nicht stark genug, um sich durchzusetzen.

Die hauptausschlaggebende Seite der Arbeiterschaft bildet die Existenzfrage, das Lohnproblem. Ist es nicht ein großer Ansporn, wenn die Geschäftsführer der Arbeitgebervereinigungen ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen suchen durch Lohnabstellen, die mit dem Existenzminimum im trassen Widerspruch stehen? Sie glauben, die Betriebe durch Propaganda für lange Arbeitszeit wieder aufzurichten. Die Industrie hat ja durch die Uneinigkeit der Arbeiter die Möglichkeit gehabt, Löhne und Arbeitszeit zu diktiert und sie ist bei ihren eigenen Maßnahmen zusammengebrochen. Wer noch denken kann, sollte doch die Schlüsse daraus ziehen. Qualitätsarbeit, Qualitätswerke bedingen Qualitätslöhne! Betrachten wir einen Qualitätsarbeiter, dessen Verbrauch an Muskelkraft größer ist als sein Einkommen. Dieser wird in kurzer Zeit infolge Unterechnung zusammenbrechen, seine Leistungen werden unter das normale Maß sinken und demzufolge wird die geleistete Arbeit, gemessen an der Lohnhöhe, immer teurer werden. Ist das wirtschaftlich? Aber um diesen Ausfall an Arbeitsleistung wettzumachen, werden Ausschichtungsorgane angestellt, die mitunter mehr kosten als die unter Aufsicht stehenden Arbeiter. Ist das produktiv? Da man keine höheren Löhne bewilligen will, um der Industrie keine Gelegenheit zur Kritik zu geben, so sagt man, ihr könnt ja länger arbeiten, ihr könnt Überstunden machen. Erstens läuft man dann Gefahr, daß die Überstunden „geschoben“ sind, und zweitens sind Überstunden sehr teuer. Zum Beispiel: Ein Arbeiter verrichtet eine Arbeitsleistung, die normalerweise 10 Stunden beansprucht. Die Arbeit muß im betrieblichen Interesse an einem Tage gemacht werden. Es müssen also zur Fertigstellung zwei Überstunden gemacht werden. Die Lohnquote wäre folgende: 8 Stunden zu 80 Pf. gleich 6,40 Mk., 2 Stunden zu 80 Pf. und 25 Proz. Zuschlag gleich 2 Mk., zusammen 8,40 Mk. und 2 Betriebsstunden. Würde ich nun dem Arbeiter sagen, du bekommst für die Arbeit nicht 10 Stunden, sondern nur 8 Stunden, und nicht 80 Pf., sondern 1 Mk. pro Stunde, so würde diese Arbeit zusammen 8 Mk. kosten und außerdem wäre noch eine Ersparnis von 2 Betriebsstunden zu erzielen. Oder ein anderes Bild: Ein Straßeneiniger mit einem Retzlohn von 30 Mk. pro Woche, der mit diesem Lohne nicht in der Lage ist, sich eine jagdgemäße Kleidung zu beschaffen, dessen Schuhwerk nicht weiterseht ist, kann dieser Mann eine Arbeitsleistung vollbringen, wenn er im frierenden und durchnässten Zustande sich befindet? Außerdem drücken ihn häusliche Sorgen, die Miete ist noch nicht zusammen, oder im Haushalt müssen noch notwendige Anschaffungen gemacht werden, aber die Mittel sind nicht vorhanden. Dieser von äußeren

und inneren Einflüssen gesehite Mann steht im wühlenden Verkeh der Großstadt, die an den Menschen große Anforderungen an Kraft stellt. Muß dieser nicht zukunftsbedrohend und Gefahr laufen, vom Verkeh überrannt zu werden? Was macht dann die Familie? Sie muß unterstützt werden und die Stadt hat doppelte Lasten zu tragen.

Je niedriger der Mensch leben muß, um so niedriger ist sein Denken. Will die Gegenseite denkende Arbeiter, mit denen etwas geleistet werden kann, so muß die materielle Lage des Arbeiters gehoben werden. Wirten sich nicht die schlechten Ernährungsverhältnisse, hervorgerufen durch schlechte Entlohnung, im Fürsorgewesen aus, wo die unterernährten Kinder und Erwachsenen durch geschwundene Arbeitskraft Fürsorge in Anspruch nehmen müssen. Es hat bald den Anschein, als wären die Arbeiter der öffentlichen Betriebe nur verkappte Unterstützungsempfänger. Dagegen haben wir uns mit aller Entschiedenheit zu wehren. Wir wollen eine Arbeitsleistung vollbringen, die städtischen Betriebe heben und wirtschaftlich so gestalten, daß wir auch dementsprechend entlohnt werden. Jeder Betrieb, der sich selbst tragen kann oder Überflüsse bringen muß, aber durch falsche Organisation Zuschüsse erfordert, beschränkt die öffentliche Fürsorge und stempelt uns als Fürsorgeempfänger. Sollen wir da latentos zusehen? Die Grundlage unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die Wirtschaftlichkeit unserer Betriebe. Was Arbeitswille und Arbeitsstärke vermag, das haben namhafte Arbeitswissenschaftler nachgewiesen. Auch unser Arbeitgeberverband hat auf einer der letzten Tagungen einen Vortrag über „Menschenökonomie“ mit angehört. Die Auswirkungen hat man noch nicht gespürt.

Diese Darlegungen sollen einige Fingerzeige sein, wie wir an dieser Krise aufbauend mitwirken wollen, aber nicht nur aufbauend noch außen, sondern auch nach innen. Es sollen Fingerzeige sein, wie wir den Strenenkämpfen von Sparsamkeit begegnen können, wenn die Gegenseite glaubt, mit Hilfe ihrer bisher geübten Lohn- und Tarifpolitik Sparmaßnahmen anzuwenden. Wir wollen, von Verantwortungsgesühl getragen, mit sparen helfen, aber nicht auf Kosten der Lohnempfänger, nicht auf Kosten der Allgemeinheit, sondern dadurch, daß wir uns dafür einsetzen, eine rationelle, d. h. eine vernunftgemäße Wirtschaft zu treiben. Steigerung der Löhne, Steigerung der Produktion, Steigerung der Wirtschaftlichkeit, das ist unser Zukunftsprogramm.

Dieses Zukunftsprogramm läßt sich aber nicht durchführen, wenn die Arbeiterschaft nicht in geschlossener Organisation zusammensteht. Die Arbeitgeber hatten ihre Berechtigung hoch, weil sie erkannt haben, was für Vorteile sie davon haben. Die Vorteile, die die Gegenseite hat, sind für uns Nachteile, und diese lassen sich nur verhindern durch unsere Stärke. Durch Geschlossenheit und gleiches Handeln lösen wir die Krise zu unseren Gunsten. Emil Döcherl.

Kaufstiege im kapitalistischen Staat, der dem Besitz den ersten Rang einräumt, den Geist auf den zweiten verweist, für die meisten Menschen unmöglich ist.

Mereditz behandelt diese Frage schon in seinem ersten bedeutenden Roman: „Die Feuerprobe Richard Federels“. Der junge Mann gereifte Jüngling steht vor der ersten Feuerprobe, wenn das andere Geschlecht seine Aufmerksamkeit erweist. In den meisten Fällen wird der sinnliche Trieb den Sieg davon tragen; die echte, wahre Liebe ist eine seltene Blume. — In dem „Tragischen Komödianten“ schildert er in dem Helden des Romans, Sigismund Koon, das Schicksal Ferdinand Lassalles. Selbst bei diesem mächtigen Geistesmenschen besiegt das heiße Blut, der sinnliche Trieb den Verstand, und führt sein tragisches Schicksal herbei. Mereditz hat auch, an Stelle des tugendhaften Hausmütterchens, den, ohne den Reiz höherer Weiblichkeit einzubüßen, selbstbewußten und in der Ehe gleiche Rechte fordernden, modernen Frauentyp in die englische Literatur eingeführt.

Der Amerikaner Henry George hielt im Jahre 1882 in London Vorlesungen aus seinem Buch: „Armut und Fortschritt“, worin er den Nachweis führt, daß mit dem Fortschritt der Lebniswert der arbeitenden Menschheit verringert. Unter den Zuhörern befand sich auch der englische Dichter Bernhard Shaw, auf den die Beweisführung des Vortragenden einen so mächtigen Eindruck hervorrief, daß er ein überzeugter Sozialist wurde.

George Bernhard Shaw, geboren 1856, hat sich während seines ganzen Lebens bemüht, alle philosophischen Systeme kennenzulernen, und ihm gebührt das Verdienst, daß die hohen Gedanken der deutschen Philosophie auch in der englischen Literatur heimisch geworden sind. In mehreren Dramen und Romanen hat er für seine sozialistische Weltanschauung Propaganda gemacht. Die Grundzüge seines selbständigen Sozialismus hat er in dem dritten Akt seiner Komödie „Mensch und Uebermensch“ dargestellt. Dr. Bernhard Febr führt in seiner englischen Literaturgeschichte folgende

Stelle aus Shaws Schriften an: „Lebe dein eigenes Leben! Der sozialistische Staat erst wird eine starke, gesunde, schöpferische Persönlichkeit, ein höheres fruchtigeres Selbst schaffen und entwickeln.“

Von den zahlreichen Dramen des Dichters, von denen viele in fremde Sprachen übersetzt und auch im Auslande aufgeführt wurden, ist „Mensch und Uebermensch“ das bedeutendste. Die Komödie behandelt das Don Juanproblem. Shaw hat über die Sache ungeteilt, Don Juan ist nicht der Verführer, sondern der Verführte. Der Held des Dramas, Jack Lamer, hat Schopenhauer aufmerksam gelesen, er weiß, daß die große Mausefalle der Natur alle fängt: die Pflanzen, die Tiere und die Menschen; die ersteren, wenn die Knoche sich erschließt, die anderen, wenn das Blut fließend durch die Adern köhlt. Vergeltens versucht Lamer (Don Juan) dem Liebestraum auszuweichen, denn Mozarts tugendreiche Donna Anna hat sich bei Shaw in die leidenschaftliche Engländerin Anna Whitefield verwandelt. „Das Weib vertritt die Lebenskraft, der Mann ist Mittel zum Zweck, der Zweck das Kind.“

John Galsworthy und besonders J. G. Wells haben eine ähnliche Lebnis wie Shaw vertreten, wenn auch Galsworthy mit Vorliebe die Welt der Aristokratie in seinen Romanen schildert. Er ist Meister der Farben, glaubt an die Allbestimmung der Natur und versteht ihre verschiedenen Erscheinungsformen wundervoll zu beschreiben.

Im Jahre 1887 wurde in London eine Gesellschaft gegründet, die einen neuen geistigen Sozialismus verkündete, frei von Anarchie, Revolution und Fanatismus. Ein jüngeres Mitglied dieser Gesellschaft war J. G. Wells. In prachtvollen Erzählungen und in goldener Märchenpracht leuchtenden Utopien hat er Zukunftsbilder entrollt, die nicht zu den Unmöglichkeiten gehören. Sein bedeutendster Roman ist: „Der neue Mahabowell“, worin er alle Seiten des modernen Lebens meisterhaft schildert.

Neuregelung des Gemeinderechts in Bayern.

Dem Bayerischen Landtag sind durch Beschluß des Familienministeriums vier Gesetzentwürfe zur Neuregelung des Gemeinderechts übermittelt worden. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Vorlagen: 1. Vorbemerkung zu den Entwürfen der Kreisregierung und der Bezirksordnung, 2. Entwurf der Kreisordnung mit Begründung, 3. Entwurf der Bezirksordnung mit Begründung und 4. Entwurf der Gemeindeordnung mit Begründung. Außer diesen Vorlagen ist ihm noch der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der §§ 23 und 8 der Bayerischen Verfassungsurkunde zugegangen, welcher das Wahlrecht zu den Gemeinde- und Kreiswahlen von der Vollendung des 25. Lebensjahres abhängig macht und außerdem für die Kreiswahl einen mindestens zwölfmonatigen Aufenthalt im Kreis vorsieht. In der Begründung zur Hinaussetzung des Wahlalters und der Aufenthaltsklausel wird gesagt, daß es sich hier nicht um politische Wahlen, sondern um Wahlen zu Selbstverwaltungskörpern handle, die wesentlich andere Aufgaben hätten als der Staat. Die Aufgaben treten viel weniger in der Öffentlichkeit hervor als die Aufgaben des Staates. Nach § 8 der bisherigen Verfassungsurkunde ist für die Wahlen zum Bayerischen Landtag eine Aufenthaltsdauer von 6 Monaten in Bayern Voraussetzung, für die Teilnahme an den Gemeindevahlen ein zwölfmonatiger Aufenthalt. Es wäre deshalb unzumutbar, für das Kreiswahlrecht eine andere Voraussetzung zu schaffen.

Der Entwurf zu einer neuen Kreisordnung (KrO.) umfaßt 43 Paragraphen und zerfällt in fünf Abschnitte: Wirkungskreis, Verfassung und Verwaltung, Staatsaufsicht, Beamte und Angestellte und besondere Bestimmungen. Der Kreis ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Rechte der Selbstverwaltung nach Maßgabe des Gesetzes; er ist eine Gebietskörperschaft. Als Aufgaben sind den Kreisen zugewiesen:

1. die erforderlichen Heil- und Pflgeanstalten, Blinden- und Taubstummenanstalten dem Zweck entsprechend herzustellen, zu unterhalten und zu betreiben, — 2. die Anstalten, insbesondere die Unterrichtsanstalten, zu unterhalten, deren Unterhaltung der Kreis übernommen hat oder noch übernimmt, — 3. für Anstalten, Unternehmungen und Einrichtungen des Staates, den Aufwand zu leisten, der dem Kreise nach Vereinbarung obliegt oder bei Inkrafttreten dieses Gesetzes von ihm getragen wird, ferner den Aufwand, den der Kreis für diese Zwecke künftig übernehmen wird, — 4. die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen durch andere Gesetze auferlegt sind oder künftig auferlegt werden, — 5. ihren persönlichen und sachlichen Aufwand zu bestreiten, soweit er nicht vom Staat oder anderweitig getragen wird.

Für jeden Kreis wird ein Kreistag und Kreistagsausschuß gewählt; sie verwalten den Kreis, soweit nicht die Kreisregierung zuständig ist. Die Mitglieder des Kreistages werden in allgemeiner, gleicher unmittelbar geheimer Wahl nach den Grundfähen des Verhältniswahlrechts auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Es sind soviel Vertreter zu wählen, als Landtagsabgeordnete nach dem Bundeswahlgesetz auf den Kreis treffen. Außerdem wird der vierte Teil der hiernach zu wählenden Vertreter, höchstens jedoch zehn Sitze, den Wahlvorschlügen nach dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl im ganzen Kreise zur Benennung zugeteilt. Die Vertreterstärke in den acht bayerischen Kreisen wäre demnach folgende:

Oberbayern . . . 50+10=60 Kreisräte	Oberfranken . . . 24+6=30 Kreisräte
Niederbayern . . . 24+ 6=30 Kreisräte	Mittelfranken . . . 30+8=38 Kreisräte
Bayl 28+ 7=35 Kreisräte	Unterfranken . . . 24+6=30 Kreisräte
Oberpfalz 20+ 5=25 Kreisräte	Schwaben 26+7=33 Kreisräte

Die Mitglieder des Kreistages haben die Pflichten der ehrenamtlichen Gemeindegemeinen. Ein Mitglied des Kreistages verliert demnach sein Amt, wenn es sich Handlungen schuldig macht, die bei einem ehrenamtlichen Gemeindegemeinen die Dienstentlassung begründen; im zweiten Rechtszug entscheidet der Verwaltungsgerichtshof. Die Staatsaufsicht über die Kreise wird vom Staatsministerium des Innern geführt.

Für Personen im Dienste des Kreises, insbesondere an Anstalten, Unternehmungen und Einrichtungen des Kreises kann ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis nur nach den Vorschriften des Staatsbeamtenrechts begründet werden. Die vermögensrechtlichen Ansprüche aus dem Dienstverhältnis, sowie die den Hinterbliebenen eingeräumten vermögensrechtlichen Ansprüche richten sich gegen den Kreis. Der Kreistagsausschuß ist vor der Benennung und Beförderung eines Beamten, der Versehung in den Ruhestand mit Wartegeld oder mit Ruhegehalt sowie von der Lösung des Dienstverhältnisses eines widerruflichen Beamten zu hören.

Der Abschluß, die Lösung und der Vollzug der Dienstverträge

des bürgerlichen Rechts kommt der Kreisregierung zu. Vor dem Abschluß und vor der Lösung ist der Kreistagsausschuß zu hören.

Die Stellenausweise für die Beamten und Beamtenanwärter im Sinne des Beamtengesetzes bedürfen der Genehmigung des zuständigen Ministeriums und des Ministeriums der Finanzen.

Die Dienstaufsicht über die Beamten und sonstigen Kräfte an den Anstalten, Unternehmungen und Einrichtungen der Kreise führt die Kreisregierung. Ihr kommt die Befugnis zur Verhängung der Ordnungsstrafe zu. Vor der Einleitung und dem Abschluß eines Disziplinarverfahrens ist der Kreistagspräsident zu verständigen.

Soweit ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zwischen dem Kreis und einem Beamten besteht, das sich nicht nach den Vorschriften des Beamtengesetzes bemittelt, ist das Dienstverhältnis in ein solches überzuleiten.

Die Artikel 188 und 189 des Beamtengesetzes werden aufgehoben, soweit sie sich auf die Beamten der Kreise beziehen. Damit wird jeder Zweifel behoben, daß die aus Kreismitteln besoldeten Beamten Staatsbeamte sind. Nach Artikel 188 des Beamtengesetzes sind die Beamten der dort in Absatz 1 genannten Schulen etatsmäßige Beamte im Sinne des Artikels 2 dieses Gesetzes. Nach Artikel 189 des Beamtengesetzes können die Vorschriften des Beamtengesetzes über die etatsmäßigen Beamten auch auf die nicht in Artikel 188 aufgeführten, aus Kreismitteln besoldeten Beamten ganz oder teilweise für entsprechend anwendbar erklärt werden. Es handelt sich hierbei um das beamtete Personal in den Heil- und Pflgeanstalten.

Von der Ermächtigung in Artikel 189 gilt bereits in weitem Maße Gebrauch gemacht worden. Praktisch galt heute der Artikel 189 des Beamtengesetzes nur mehr für Beamte der Stiftungen. Aber auch diese Regelung hat zu vielen Schwierigkeiten geführt, nicht zuletzt zum Nachteil der Beamten. Da es sich, wie bisher bei den Beamten, nach Artikel 188 und 189 des Beamtengesetzes um Staatsbeamte handelt, die allerdings aus Mitteln des Kreises besoldet werden, kommt die gesamte Regelung ihrer Verhältnisse, also auch die Verteilung der Stellen einschließlich ihrer Einstufung, der Staatsregierung zu. Die Ernennung und Beförderung, die Versehung in den Ruhestand mit Wartegeld oder mit Ruhegehalt sowie die Lösung des Dienstverhältnisses eines widerruflichen Beamten kommt bisher ausschließlich der Staatsregierung (Verwaltungsgerichtshof Band 40 Seite 105) zu. Dies gilt auch für die Regelung nach dem jetzigen Gesetzentwurf. Schon bisher entsprach es jedoch der Übung, den Kreistagsverband zu hören. Wir sind damit nicht einverstanden und hoffen, daß bei den Beratungen über die Kreisordnung aus dem „Hören“ ein „Mitwirken“ gemacht wird. Beamtenrechtlich scheint uns dies durchaus möglich. Bei den Beamten aus Probe, sowie bei den nichtetatmäßigen Beamten kann in Fällen der Kündigung und Entlassung auf einen bestimmenden Einfluß des Kreisausschusses nicht verzichtet werden, andernfalls ist dem Antrage des Verbandes Rechnung zu tragen, daß auch diesen Beamten ein Einspruchsrecht vor einem Gericht (Kreischiedsstelle) eingeräumt wird mit der Vertretung vor diesem. Auch die Anstellungs-, Besoldungs-, Beförderungs- und sonstigen Dienstverhältnisse der Beamten erfordern die Mitwirkung des Kreisausschusses.

Nach dem Gesetzentwurf und seiner Begründung zu Artikel 36 wird auch das bürgerlich-rechtliche Dienstverhältnis der Angestellten für die ausschließliche Zuständigkeit der Staatsregierung reklamiert. Der Abschluß, die Lösung und der Vollzug der Dienstverträge, zumal, da es sich hier um einen Teil der Geschäftsführung (durch die Kreisregierung d. G.) handelt, dem Staate zugewiesen werden, der diese Befugnis durch die Kreisregierung ausübt. Auch hier soll der Kreisausschuß lediglich nur gehört werden, was wir ebenfalls nicht gutheißen können. Zum Artikel 36 Absatz 3 verteidigt die Staatsregierung ihre Stellungnahme weiter damit, daß das Geldbewilligungsrecht ausschließlich dem Kreistag und in dringenden Fällen dem Kreisausschuß zugewiesen sei; in der Verwaltung der Heil- und Pflgeanstalten handle es sich aber um eine Diensttätigkeit, die im nahen Zusammenhang mit der gesundheitspolizeilichen Tätigkeit stehe, wo es unerlässlich sei, dem für den Vollzug der Gesundheitspolizei zuständigen Staatsministerium des Innern die Möglichkeit zu geben, zu bestimmen, daß an Stelle eines Dienstvertrages des bürgerlichen Rechts ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis, ein Beamtenverhältnis, begründet werden muß.

Die Gausetzung wird zur Kreisordnung nötigenfalls die entsprechenden Anträge stellen, um die Dienst- und Rechtsverhältnisse der Kollegenschaft in den Heil- und Pflgeanstalten mehr als bisher fördern und verbessern zu können.

W e i ß.

Die Konferenz der Arbeiter in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken der Provinz Ostpreußen

am 17. und 18. April 1926 in Königsberg war von 90 Delegierten besucht. Auch die Kollegen des Freistaates Danzig hatten vier Delegierte zu der Konferenz entsandt.

Betriebsdirektor Gerhardt, Königsberg, referierte über „Neuzeitliche Gaszerzeugung und -verwertung“. Redner streifte kurz die Entstehung und Gewinnung der Kohle und erläuterte dann die Herstellung des Gases. An Hand von Lichtbildern und zwei Filmen wurde die Verwendung von Gas in Industrie, Handwerk und Haushalt gezeigt, wobei besonders die Anwendung des Gases in der Groß- und Schwerindustrie interessierte. Redner schloß seinen Vortrag damit, daß die Befreiung der Arbeit von Schmutz und Schmerz das Ziel unserer Wirtschaft sein muß, um gleichzeitig unsere Kulturwerte in der gesteigerten Wirtschaft vor dem Untergang zu bewahren. — Es sprach dann Herr Oberingenieur Rogosch über „Elektrizitätserzeugung und -verteilung“. Auch dieser Vortrag wurde durch Lichtbilder ergänzt, bei denen insbesondere die Darstellung der maschinellen Anlagen und Schaltanordnungen der modernen riesigen Hochspannungswerke, die der Versorgung ganzer Provinzen und Länder mit elektrischem Strom dienen, interessierte. — Beide Vorträge fanden im Vortragssaal der Königsberger Werke statt, der eigens für solche Vorträge hergerichtet ist. — Sonderwagen der Straßenbahn beförderten dann die Delegierten zu den außerhalb der Stadt gelegenen Gas- und Elektrizitätswerken, wo eine Besichtigung der Werke stattfand.

Am 18. April wurde dann im Gewerkschaftshaus die Konferenz fortgesetzt. Nach Begrüßungsworten der Kollegen Deimert, Ruppert (vom Hauptvorstand) und Groß, Königsberg, referierte Kollege Dr. Lopp, Berlin, über: „Welche Lehren zieht die Arbeitnehmererschaft aus dem technischen und finanziellen Zusammenschluß in der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft?“ Er führt u. a. aus: Die allgemeine Forderung auf technischen Umbau und Ausbau der Betriebe verlangt erneute schwere Opfer vornehmlich aus den Kreisen der Arbeitnehmererschaft. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat bei der Umstellung vollständig versagt. Die Kräfte, welche die gesamte Wirtschaft regulieren sollten, sind zu einer planmäßigen Umstellung nicht in der Lage. Aus diesem Grunde ist eine Anarchie im Wirtschaftsleben eingetreten, wie Deutschland sie seither noch nie erlebt hat. Das Heer der Arbeitslosen drückt auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeitnehmererschaft in unerträglichem Maße. Reich, Staat, sowie die übrigen öffentlichen Körperschaften müssen versuchen, in den Gang der Wirtschaft aktiv einzugreifen. In der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft sind die öffentlichen Körperschaften heute schon zu einer Wirtschaftsmacht ersten Ranges geworden. Als Sozialisten und Gewerkschafter begrüßen wir vor allen Dingen diese Entwicklung. Wir werden ihr unsere größte Aufmerksamkeit schenken. Die kapitalistischen Kreise und ihre wüßhähige Presse laufen Sturm gegen weitere Verstaatlichung, vor allen Dingen in der Elektrizitätswirtschaft. Nach wie vor wollen diese Kreise der Bevölkerung die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität diktieren. Als Beispiel führt der Referent den augenblicklichen Kampf des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes mit Preußen an. An Hand von reichhaltigem Material wies Kollege Dr. Lopp nach, daß in denjenigen Gebieten, wo privat- oder gemischt-wirtschaftliche Betriebe als Lieferanten auftreten, die Verkaufspreise für die Bevölkerung außerordentlich hoch liegen, und diese zu den Verkaufspreisen der Industrie in keinem Verhältnis stehen. Die Industrie wird in diesen Gebieten offensichtlich auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung zu bevorzugten Preisen beliefert. Die Verkaufspreise stehen auch in keinem Verhältnis zu den Erzeugungskosten. Planlos werden heute in Deutschland die Verkaufspreise festgesetzt. Sie schwanken bei Gas zwischen 10 und 25 Pf. pro Kubikmeter, bei Elektrizität zwischen 16 und 60 Pf. pro Kilowattstunde und bei Wasser zwischen 12 und 33 Pf. pro Kubikmeter. Wenn man heute z. B. in Berlin elektrische Energie an Kleinabnehmer für 16 Pf. abgibt, in Königsberg dagegen 50 Pf. pro Kilowattstunde bezahlt werden müssen, so hat das mit Kalkulation wirklich nichts mehr zu tun. Dabei sind die Löhne der Arbeiter und Angestellten in den Gebieten mit teurem Verkaufspreis wesentlich niedriger, als in den Gebieten, die elektrischen Strom zu verbilligten Preisen abgeben. Zahlt doch Berlin an Handwerker in den Elektrizitätswerken einen Stundenlohn von 98 Pf. gegenüber 58 Pf. in Königsberg. — Der Referent ging dann auf die Selbstkosten ein, und wies nach, daß der Anteil des Lohnes den Verkaufspreis der Produkte kaum noch beeinflusst. Trotzdem wenden sich die Arbeitgeber in falscher Anerkennung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegen jede Lohnhöhung. Man beruft sich heute auf die niedrigen Verdienste in der Industrie. Wir müssen dieses ablehnen, weil man in Zeiten guter Konjunktur an die Arbeiter der genannten

Werke keineswegs die Industrielöhne zahlt. Es kommt aber hinzu, daß in der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft eine gute Konjunktur zu verzeichnen ist. Der Umsatz erhöhte sich im vergangenen Jahre um durchschnittlich 20 Proz. In der Elektrizitätswirtschaft ist direkte Hochkonjunktur zu verzeichnen. 6 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1924 stehen einer Abgabe von circa 10 Milliarden im Jahre 1925 gegenüber. — Auch in Ostpreußen ist eine ähnliche Zunahme zu verzeichnen: Die Direktion des Ostpreußenwerkes teilt z. B. folgendes mit: Am 31. Dezember 1925 waren 4912 Kilometer Leitungen vorhanden gegen 3593 Kilometer am 1. Januar 1925. Anfang des Berichtsjahres waren 1181 Transformatorstationen vorhanden gegen 1544 am Ende des Jahres. Es wurden vom Ostpreußenwerk versorgt 1010 Einzelgüter am 1. Januar 1925, am 31. Dezember 1925 dagegen 1203 Einzelgüter. Ländliche Gemeinden und Genossenschaften wurden versorgt am 1. Januar 452, am 31. Dezember 1925 dagegen 643. Bezogen am 1. Januar 1925 30 ostpreußische Städte Strom vom Ostpreußen-Kraftwerk, so war bis zum 31. Dezember die Zahl auf 49 angewachsen. 1016 000 Morgen wurden im Jahre 1924 durch elektrische Kraft bearbeitet, gegenüber 1 400 558 Morgen am 31. Dezember 1925. Der Stromverbrauch pro Morgen ging von 4,6 Kilowatt auf 5,8 Kilowatt heraus. Man sieht also auch in Ostpreußen die gleiche Entwicklung wie in anderen Teilen des Reiches. — Der Referent ging dann ausführlich auf die Beteiligung von Reich und Staat in der Elektrizitätswirtschaft ein. Das Ostpreußenwerk hat ein Aktienkapital von 18 Millionen Mark. Daran ist die Provinz beteiligt mit 3 050 000 Mark, also etwas mehr als ein Sechstel. Die Anteile des Reiches betragen 7 483 000 Mk. und der Anteil Preußens 7 412 000 Mk. Es handelt sich hier nicht um ein Unternehmen, welches reiflos in öffentlicher Hand liegt. Die Unfallgefahren haben im letzten Jahre eine außerordentliche Steigerung erfahren. Für 78 Proz. der gesamten Arbeitnehmererschaft in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken ist der Achtstundentag erhalten geblieben. Nur in Ostpreußen und im Westen mußten die Arbeitnehmer eine verlängerte Arbeitszeit in Kauf nehmen. Eine geschlossene Organisation ist sehr wohl in der Lage, in diesen lebenswichtigen Betrieben nicht allein den achtstündigen Arbeitstag wieder tariflich zu verankern, sondern auch auskömmliche Löhne zu erkämpfen. Die jetzige Zerrissenheit der gewerkschaftlichen Organisation trägt wesentlich dazu bei, den Widerstand der Arbeitgeber zu stärken. Wir dürfen in der Agitation nicht erlahmen, um alle Arbeiter, welche in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken beschäftigt sind und für die öffentliche Versorgung dienen, im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu organisieren.

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Revisionsverhandlungen über den LTBW. Wir haben seinerzeit an dieser Stelle unsere Kollegenschaft davon in Kenntnis gesetzt, daß sich das Reichsverkehrsministerium grundsätzlich dazu bereit erklärt hat, mit den am LTBW. beteiligten Organisationen in Revisionsverhandlungen einzutreten, ohne von dem Recht der Kündigung Gebrauch zu machen. Der Kündigungstermin wurde unter Zustimmung beider Parteien vom 31. März 1926 auf den 30. April 1926 verlängert. Für die in dieser Zeit geführten Verhandlungen legte das Reichsverkehrsministerium den Organisationen einen Änderungsentwurf vor, in dem eine Menge Verschlechterungsanträge gegenüber dem bisherigen Zustande enthalten waren. Der Entwurf ist dann von einzelnen Organisationen den Filialverwaltungen zugestellt worden. Er hat unter der Kollegenschaft vielfach Verwirrung hervorgerufen und zu manchen falschen Schlüssen Anlaß gegeben. Auch über den Gang der Verhandlungen selbst sind teilweise Berichte herausgegangen, die noch nicht vollständig waren. Deshalb sei mitgeteilt, daß die Verhandlungen über den LTBW. noch nicht abgeschlossen sind, und daß also, was darüber von anderen Verbänden berichtet worden ist, nur Leitresultate sind, die auch nur dann wirksam werden, wenn wir überhaupt zu einem Abschluß mit der Regierung kommen. Augenblicklich ist der Stand der Dinge so, daß über einzelne Fragen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, die nicht geklärt werden konnten, weil die Regierungsvertreter dazu nicht die nötigen Vollmachten hatten. Es wird deshalb noch eine letzte Aussprache mit dem Minister selbst stattfinden, in der versucht werden muß, zu einer annehmbaren Vereinbarung zu gelangen. Sollte sich diese Hoffnung als trügerisch erweisen, so ist der LTBW. auf Grund eines uns am 30. April 1926 zugegangenen Schreibens als gekündigt anzusehen. Da aber die Streitpunkte nicht mehr erster Natur sind, so daß sie zu einem Ausgleich führen können, darf angenommen werden, daß mit dem Weiterbestehen des LTBW. in seinen grundsätzlichen Paragraphen gerechnet werden kann. Der neue Vertrag wird allerdings in

mancher Beziehung dem alten gegenüber etwas anders aussehen. Es wird sich kaum umgehen lassen, einige kleine Verschlechterungen in Kauf zu nehmen, die aber nicht so ernster Natur sind, daß die Gewerkschaften daran den Tarifvertrag scheitern lassen können. Zu gegebener Zeit wird an dieser Stelle der neue Vertrag eingehend besprochen werden. Gerüchte, die von dritter Seite umherschwirren, sind falsche Darstellungen und tragen nur zu unnötiger Beunruhigung bei.

Der Hauptbetriebsrat im Bereiche des Reichsfinanzministeriums tagte in einer Vollziehung am 26. und 27. April im Reichsfinanzministerium. Beraten wurde u. a. die Einführung der Pensionskasse für Arbeiter und Angestellte. Der Vertreter des Ministeriums führte aus, daß das Ministerium nach wie vor bestrebt sei, die Pensionskasse zur Durchführung zu bringen. Nachdem durch den Beschluß des Verwaltungsrats der deutschen Reichspost die Vereinfachung der Pensionskasse für alle Reichsarbeiter gesichert sei, müsse ein völliger Neuaufbau erfolgen. Ein Sachverständigengutachten habe ergeben, daß dem Reich 4 1/2 Proz. der Lohnsumme als Kosten erwachsen würden. Auf dieser Grundlage sei eine neue Vorlage bereits fertiggestellt. Da von verschiedenen Vertretern der Länder in der Resorrtbesprechung Widerpruch gegen die Errichtung der Pensionskasse erhoben wurde, seien Schwierigkeiten entstanden, die nicht so schnell beseitigt werden könnten. Nichtsdestoweniger sei aber damit zu rechnen, daß dem Wünsche der Arbeitnehmer baldigt Rechnung getragen werde. In der persönlichen Ausprache beim Empfang des Hauptbetriebsrats durch den Herrn Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wies Kollege Scharlau noch einmal auf das Fehlen der Pensionskasse hin. Er schätzte die Not der nach Räumung des besetzten Gebietes zur Entlassung gelangten Reichsarbeiter und verlangte, daß zum mindesten bei Bemessung der Uebergangsgelddarstellungen den Arbeitern die gleichen Bezüge gewährt werden wie den Angestellten. Diese Forderung sei auch aus dem Grunde gerechtfertigt, da vom Jahre 1920—1923 stets gleichmäßig bei Gewährung von Uebergangsgelddarstellungen bei Arbeitern und Angestellten verfahren sei. Es sei wirklich nicht zu verantworten, daß man langjährig beschäftigte Arbeiter bei notwendigem Abbau mit einem Wochenlohn entschädige. Der Minister sagte eingehende Prüfung zu. Als Vorsitzender des Wahlvorstandes für die Neuwahl zum Hauptbetriebsrat wurde Kollege Bälke gewählt.

Der Hauptbetriebsrat des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung Wasserstraßen, Luft- und Kraftwesen, war zu seiner 11. Vollziehung am 22. und 23. April versammelt. Als Hauptwahlvorstand für die Betriebsrätemahlen für das Jahr 1926 wurden die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses Fröhlich, Pandow und Behrens gewählt. Anträge, die in der Hauptsache auf Klarstellung von Tarifbestimmungen und Bestimmungen der Betriebsräteverordnung bzw. des Betriebsrätegesetzes hinausgingen, wurden eingehend behandelt und der geschäftsführende Ausschuss mit Weiterverfolgung dieser Anträge dem Reichsverkehrsministerium gegenüber im Sinne der Besprechung beauftragt. Zum Antrag des BBR. Breslau, zu veranlassen, daß seitens des Reichsverkehrsministeriums noch vor dem 1. Mai generelle Bestimmungen über die Beurteilung von Teilnehmern an der Kaiserfeier getroffen werden, sagte der anwesende Vertreter der Verwaltung die alsbaldige Herausgabe eines solchen Erlasses zu. — Zur Arbeiterpensionskassenangelegenheit war vom BBR. Hamburg beantragt, für Bereitstellung von Geldmitteln zur Wiederangliederung der Arbeiterpensionskasse der Reichsanstaltsverwaltung in Kiel das Nötige zu veranlassen. Der Vertreter der Verwaltung brachte zum Ausdruck, daß vom Reichsverkehrsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium bereits Erwägungen schweben, die Versorgungskasse beim Reichsanstalt Kiel wieder aufleben zu lassen und im Wege des Umlageverfahrens entsprechend den in den Satzungen vorgesehenen Leistungen wieder leistungsfähig zu machen. Die Vollziehung des Hauptbetriebsrats steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig erscheine und nur im Interesse der Einheitlichkeit der Reichswasserstraßenarbeiter wünschenswert wäre, daß diese Pensionskasse mit der Arbeiterpensionskasse Abteilung B der Deutschen Reichsbahn verbunden und in ihr zweckmäßig aufgehen würde, um so auch den Arbeitern im Bereich des Reichsanstalts Kiel die gleichen Leistungen zu sichern, wie sie die Arbeiterpensionskasse B der Reichsbahn allgemein gewährt. Die für diesen Zweck notwendigen Verschmelzungsverhandlungen zwischen den Vorständen der beiden Kassen wären zweckmäßig unter Mitwirkung des Reichsfinanzministeriums hinsichtlich des von der Kaiser Kasse zu leistenden Grundkapitals alsbald einzuleiten. — Zu dem aus dem Bezirk Hannover beantragten Anschluß der Angestellten der Reichswasserstraßenverwaltung an die Zuschußkasse der Reichspostverwaltung bzw. Gründung einer ähnlichen Zuschußkasse für die Angestellten der übrigen Reichsverwaltungen, legte der 2. Vorsitzende des Hauptbetriebsrats die Notwendigkeit der Beschleunigung dieser Angelegenheit unter eingehender Begründung dar. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums erklärte hierzu, daß die Angelegenheit der Schaffung einer solchen Zuschußkasse für die übrigen Reichsverwaltungen und auch für die preußischen Staatsverwaltungen vor einiger Zeit Gegenstand von Resorrtbesprechungen gewesen ist und daß das federführende Resorrt nach dieser Besprechung die Umarbeitung dieses Entwurfs — man kann wohl annehmen Satzungsentwurf für den Aufbau einer solchen Kasse — durchzuführen beabsichtigt. Eine amtliche Veröffentlichung über den Stand der Ange-

legenheit, wie dies aus dem Bezirk Hannover beantragt worden ist, erscheint nicht zweckmäßig und auch nicht angebracht. Sobald die Arbeiten zur Schaffung der Kasse entsprechend fortgeschritten sein werden, werden sich die Organisationen und auch die Hauptbetriebsräte über diese Angelegenheit informieren und ihrerseits die Vorgesetzten entsprechend unterrichten können. Zum Antrag der badischen Reichsbauarbeiter auf Ausscheiden aus der Arbeiterpensionskasse V steht die Vollziehung auf dem Standpunkt, daß diesem Antrage im Interesse der Einheitlichkeit der Versicherung im Bereiche der Reichswasserstraßenverwaltung nicht stattgegeben werden kann, wenn nicht ausschlaggebende Begründungen als bisher dafür angegeben werden. — Zur Frage der Bereitstellung von Mitteln zur Errichtung von reichseigenen Burtwohnungen bzw. zur Gewährung von Baukostenzuschüssen für Arbeiter- und Angestelltenwohnungen der Reichswasserstraßenverwaltung ist von der Vollziehung darüber Bescheid gegeben, daß

bei der bisherigen Verteilung der Mittel für den Wohnungsbau durch die Landesfinanzämter in verschiedenen Bezirken die Reichswasserstraßenverwaltung nicht in genügender Weise berücksichtigt worden ist. Es wird beantragt, das Reichsverkehrsministerium möge rechtzeitig Vorstöße treffen, daß gemäß des Gesetzes über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues vom 26. März 1926 (Reichsges. Bl. I S. 169 § 1 letzter Absatz) die Reichswasserstraßenverwaltung bei Zurverfügungstellung von Darlehen für ihre Bediensteten in einem der Wohnungsanforderung entsprechenden Maße berücksichtigt wird.

Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums erklärte, aus Anlaß von Einzelfällen sei das Reichsverkehrsministerium bereits wegen besserer Berücksichtigung einzelner Bezirke der Reichswasserstraßenverwaltung bei der Verteilung von Reichsmitteln zur Errichtung von Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Reichswasserstraßenverwaltungen beim Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden. Er wies besonders darauf hin, daß nach dem bestehenden Bestimmungen („Reichsbesolungsblatt“ 1925 Seite 145/152) die für die Mitwirkung gebildeten Bezirkswohnungsausschüsse in erster Linie über die richtige und zweckmäßige Verteilung der Mittel zu wachen hätten. Wegen Berücksichtigung der Reichswasserstraßenverwaltung bei Zustellung von Mitteln auf Grund des Gesetzes vom 26. März 1926 wird das Reichsverkehrsministerium das Erforderliche alsbald in die Wege leiten.

Hessische Staatsarbeiter. Die bürgerlichen Parteien des Hessischen Landtags haben genehmigt, den Antrag unseres Verbandes auf Schaffung einer Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung abzulehnen zu müssen. Die Gründe hierfür sind im Mangel an Verständnis für solche Dinge zu suchen. Wie kann man auch von Leuten, die die Sorge und Not der Arbeiter nie am eigenen Leibe verspürt haben, Verständnis dafür erwarten. Eines verdient aber besonders auch außerhalb Hessens bekannt zu werden, nämlich die Ausführungen des unter dem Spitznamen in Hessen bekannten Bayerndoktors Leuchtgens. Diese alles wissende, alles verstehende und zu allem befähigte Friedberger Reuchte hat gemeint, daß es ja eine Altersversicherung gebe und deshalb eine Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung überflüssig sei. Ja, wenn wir Verweigerung eines Dienstes auch mit Pensionierung prämiert bekämen wie Dr. Leuchtgens, der im besten Mannesalter eine monatliche Pension von 400 Mk. einstreicht, dann könnten wir vielleicht das Alter erreichen, das uns die Altersversicherung als eine Versorgung erscheinen ließe. Und wenn wir, statt schwere und anstrengende Arbeit zu pflegen, nur dumme Reden halten und statt 120 Mk. monatlich 400 Mk. einstecken könnten, dann wäre unsere Gesundheit wohl auch für längere Dauer gesichert. So aber muß ein Irrenpfleger, der 60 Jahre alt wird, erst geboren werden. Wie Dr. Leuchtgens über unsere Arbeitszeit denkt, kann sich jeder ohne weiteres vorstellen. Wir aber sagen, daß es immer diejenigen sind, die über den Achtstundentag schimpfen, die in ihrem Leben nie täglich 8 Stunden arbeiten, sonst würden sie ihren Mund halten und hätten auch weder Lust noch Zeit, gegen den Achtstundentag zu wettern. Es ist einfach eine Lausache, daß die größten Foulenger nie genug gearbeitet und nie lange genug gearbeitet bekommen können. Unser Antrag, uns einer Unfallversicherung zu unterstellen (teilweise war dies schon der Fall), wurde aus Ersparnisgründen abgelehnt. Das Ministerium des Innern schreibt hierzu, daß es nach Umfrage bei Unfallversicherungsgesellschaften festgestellt habe, daß diese keine Renten bezahlen, wahrscheinlich, weil den Gesellschaften das Risiko zu groß ist. Das Ministerium will nun die schon bestehenden Verträge kündigen, die hohen Beiträge sparen und die Versicherung des Personals gegen Unfall nach §§ 624 und 625 der Reichsversicherungsordnung selbst übernehmen. Daß dadurch gespart wird, glauben wir, aber auf Kosten der Arbeiter, denn Unfälle gibt es dann keine mehr, d. h. Schädigungen des Personals werden nicht als solche anerkannt, wenn die Dinge im Schoße des Ministeriums behandelt werden und die Beteiligten dabei ausgeschlossen sind. Sollte aber ein Arbeiter bei einer Schädigung doch einmal etwas erhalten, dann bleibt das der Gnade der „Arbeiterfreundlichen“ Behörde überlassen. Wacht endlich auf, hessische Staatsarbeiter, und sorgt auch für eine wirksame Vertretung im Hessischen Landtag, daß der Behandlung eurer berechtigten Forderungen mehr Beachtung geschenkt wird. Nestlosler Beitritt zum Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, das ist die Parole, unter

der wir nur erreichen können, was uns bis jetzt noch immer vor-
enthalten wird. Starke Reduzierung der Löhne und
Gehälter war der Antrag des Ministeriums bei
der Staatsberatung. Deutet daran und zieht daraus die
Schlüsse.

Koblenz. Das Ergebnis der Betriebsratswahlen beim Reichs-
vermögensamt in Koblenz ist folgendes: Arbeiterrat: Liste 1
(freigew.) 4 Mitglieder, Liste 2 (unorganisi.) 2 Mitglieder. Ange-
stelltenrat: Liste 1 (freigew.) 4 Mitglieder, Liste 2 (vereinigte
DVB. und GdL.) 1 Mitglied. Der Betriebsrat besteht aus 7 Mit-
gliedern. Davon entfallen auf die freigewerkschaftlichen Mitglieder 6.
Den 7. Sitz erhielten die Unorganisierten. Den Vorsitz in allen drei
Körperchaften führen Kollegen der freien Gewerkschaften.

Aus unserer Bewegung

Danzig. In der Funktionärversammlung am 21. April, an
der auch die Betriebsratsmitglieder teilnahmen, referierte Kollege
Ruppert (Berlin) über unsere innere Organisationsform. Der
Referent, mit den Danziger Verhältnissen aus früheren Jahren
vertraut, verstand es, auf die wirtschafts- und politischen Verhält-
nisse einzugehen, welche durch die Trennung Danzigs vom Mutter-
lande Deutschland eingetreten sind. Er ging des näheren auf die tech-
nische Entwicklung und die Folgen, die sich für die Gewerkschaften
daraus ergeben, ein. Er erklärte, daß mit der Technik auch die
Gewerkschaften eine Umstellung der Organisationsform werden vor-
nehmen müssen und daß diese Umstellung durch Schaffung von
Arbeitsgemeinschaften mit den Bruderverbänden im Werden be-
griffen ist. (Kartellverhältnis, Gemeindefahrer, Verkehrsbund,
Eisenbahner u. a.) Er schilderte ferner die Lage der Kollegen in
Deutschland, welche durch die Maßnahmen der Arbeitgeberverbände
noch ungünstiger zu werden scheinen, wenn nicht bei allen, in Ge-
meinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmern das Be-
wußtsein der Zusammengehörigkeit Platz greift. — Es kann gesagt
werden, daß die Danziger Kollegen reicher an Wissen diese Tagung
verließen und dieses zum Nutzen der Danziger Gemeinde- und
Staatsarbeiter verwenden werden.

Halle a. d. S. In der gut besuchten Quartalsgeneralversam-
lung referierte Kollege Reinhold Schönland über die Wirtschafts-
krise und die Aufgaben der Arbeitnehmerschaft. Den Geschäftsbericht
erstarrte Kollege Flücht. Die Arbeiten im 1. Quartal waren
besonders den Neuwahlen der Betriebsräte gewidmet. In 32 Dienst-
stellen sind die Neuwahlen durchgeführt und 148 freigewerkschaftliche
Betriebsräte gewählt worden, während auf die Christlichen 2, auf
die Hitler-Zumtrecker 1 Betriebsrat entfielen. Von den freigewerks-
schaftlichen Betriebsräten gehören 138 unserer Organisation an. Die
Mitgliederzahl im 1. Quartal konnte wiederum gesteigert werden.
Auf dem Gebiete der Kultur- und Bildungsbestrebungen haben wir
erfolgreich wirken können. 10 Kollegen haben an der Wirtschafts-
schule in der Volkshochschule, 30 Kollegen besuchten ver-
schiedene Vorträge in der Volkshochschule. Den Kassenbericht gab
der Kollege Dehlschlager. Die gesamte Votaleinnahme betrug
7800 Mk. Der Kassenbestand hat sich auf 2200 Mk. erhöht. Für
die Hauptkasse haben wir 6200 Mk. eingenommen, und an Unter-
stützungen wurden insgesamt 3400 Mk. gezahlt. Die Krankenziffer
hat sich um ein Bedeutendes erhöht, besonders in den Betrieben,
wo die Arbeiterkraft den unständigen Witterungsverhältnissen aus-
gesetzt ist.

Hannover. In der gutbesuchten Generalversammlung am
21. April 1926 fand zunächst im weithell hergerichteten Saale die
Ehrung von 20 Jubilaren statt, welche 25 Jahre freigewerkschaftlich
organisiert sind. Kollege Brand von der Bauleitung hielt eine
feierliche Ansprache an die Jubilare, dem sich Kollege Erdmann
im Namen der Filiale anschloß. Sodann folgte die Ueberreichung
der Ehrendiplome. Der Kassenbericht des Kollegen Gassenmeier
für das 1. Quartal 1926 schließt mit einem Kassenbestand von
10310,11 Mk. ab. Anschließend folgte der Sterbefällenbericht.
Dann referierte Kollege Parfisch über: „Die Arbeitnehmerschaft und
die wirtschaftliche Entwicklung“. Die Schwerindustrie kämpft mit
Macht gegen Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie. Die Ge-
werkschaften und politischen Arbeiterorganisationen müssen mit allen
Mitteln dahin streben, die Wirtschaft so umzugestalten, daß sie zum
Segen der Arbeiterklasse auswächst. Europa macht zurzeit eine
Wirtschaftsumstellung durch. Der Nordfilm leitet uns, daß dem
Massenunfall die Massenproduktion folgt. Auf dem Weltmarkt
hängt Europa hinten mit den Freien. Die Vereinigten Staaten
stehen an der Spitze der Gold- und Eisenproduktion. Trotzdem die
deutsche Mark eine gute Saluta hat, kann Deutschland nicht kon-
kurrieren, weil keine Kredite erwährt werden. Die Kohle ist längst
nicht mehr das alleinige Mittel der Energieerzeugung. Durch die
Modernisierung des Wirtschaftslebens werden immer mehr Arbeits-
kräfte überflüssig; darum muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein,
Wege zu finden, die Arbeiterklasse vor dem Verhungern zu schützen.
Nach Stellungnahme zur Maifeier erluchte Kollege Müller, den
neuen Betriebsrat fertigt zu melden und beklagte die Laune der
Kollagenhaftigkeit in verschiedenen Betrieben.

Koblenz. Die diesjährigen Betriebs- (Arbeiterrats-) Wahlen in
den städtischen Betrieben führten zu einem vollständigen Siege des
Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Wenn im ver-
storbenen Jahre die Christlichen nach vier Siege innehatten, so mußten
sie sich dieses Jahr mit nur 1 Sitz begnügen, der ihnen beim Tie-
bauamt zufiel. Das Ergebnis für uns ist folgendes: Gaswerk 6,
Nährpark 5, Hochbauamt 5, Tiefbauamt 3, 1 Christlicher, Straßen-
reinigung 5, Schlachthof 3, Anlagen 3, Friedhof 1, Werk 1. Dieses
Ergebnis möge für unsere Kollegen in den Betrieben der Ansporn
sein, weiter im Interesse ihrer Organisation zu wirken.

Kostof. In der gut besuchten Mitgliederversammlung gedachte
der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder. Dann gab Kollege
Neder den Massen- und Tätigkeitsbericht vom 1. Quartal. Er
stellte einen Ueberschuf von 238,97 Mk. in diesen drei Monaten fest.
Wir sind jetzt auf dem Wege, das durch die Inflation geraube Ver-
mögen der Filiale, das nahezu 2000 Mk. betrug, wiederzuerobern,
vorausgesetzt, daß die Mitgliedschaft treu zur Organisation hält.
Gaulener Wahl. Viel referierte dann über den Bezirksarbeitsvertrag
von Schleswig-Holstein und über den Bezirksarbeitsvertrag für Mecklenburg.
Hierauf erläuterte Kollege Neder das Verbands- und Ortsstatut.
Aledann beschäftigte sich die Versammlung mit der Vorbereitung zu
dem Verbandsjubiläum am 6. und 7. November in der Philharmonie.
Es wurde beschlossen, Marken und Abzeichen zu beschaffen
und diese rechtzeitig bei den Mitgliedern abzugeben. Die weiteren
organisatorischen Aufgaben wurden einem Ausschuss überwiesen, der
sich aus den Kollegen H. Behrens, Fr. Schuldt, L. Grönhaagen, W.
Harter und H. Hellner zusammensetzt. Zu der künstlerischen Veran-
staltung soll der Kollege A. Peters hinzugezogen werden. Zum
Schluß gab Kollege Neder die Vorbereitungen und das Programm
zur Maifeier bekannt, wobei er Kritik am Vorstand des Ortsaus-
schusses übte. Die nächste Sitzung des Ortsauschusses wird sich da-
mit befassen. — Die Arbeitsruhe in den städtischen Betrieben ist am
1. Mai restlos durchgeführt worden. Aus dem Gas- und Wasser-
werk wurden nur die Notstandsarbeiten verrichtet. In den Kranken-
häusern und Kliniken wurde zum Teil Sonntagsdienst eingeführt.
An der gemeinsamen Demonstration nahmen circa 550 bis 600 Ge-
meinde- und Staatsarbeiter teil. Die Zahl der Fernenden überragte
bei allen Gewerkschaften diejenige des Vorjahres.

Aus den deutschen Gewerkschaften

**Der Bundesausschuss protestiert gegen die Flaggenverordnung
der Regierung.** Der Ausschuss des ADGB trat am 7. Mai zu seiner
dritten Tagung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies
der Vorsitzende des ADGB, Genosse Leipart, mit eindringlichen
Worten auf die Anzeichen hin, die in der letzten Zeit die Gefahr er-
neuter Vorstöße der rechtsgerichteten Organisationen gegen die Reichs-
verwaltung, gegen den Bestand der deutschen Republik wahrnehmlich
einschleichen lassen. Die Flaggenverordnung der Reichs-
regierung zeigt deutlich, wohin der Kurs geht. In den letzten Wochen
tauchten Gerüchte über Putschabsichten auf, die die ernsteste
Wachsamkeit der Gewerkschaften in allen Teilen des Reiches zur
Pflicht machen. Die Absicht der Reichsregierung, die Verlam-
lungsfreiheit für Versammlungen unter freiem Himmel zu
beschränken, weist in die gleiche Richtung, ebenso die Bestrebungen
des Reichswehrministeriums, sämtlichen politischen Vereinen die Be-
nutzung reichseigener Gebäude zu verweigern. Dabei ist bemerkenswert,
daß unter diesen Vereinen eine Gewerkschaft wie der Deutsche
Müllerverband und die Arbeiterportvereine
aufgeführt werden. In allen diesen Bestrebungen, insbesondere aber
zu dem jeder Begründung entbehrenden Beschluß der Reichsregie-
rung, die alte Reichsflagge im Ausland neben der Fahne der deut-
schen Republik zu bringen, können die deutschen Gewerks-
schaften nicht schweigen. Leipart legte daher dem Bundes-
ausschuss folgende Protestentscheidung vor, die der Bundesausschuss
einstimmig annahm:

„Der Bundesausschuss erhebt namens der Millionen organisierter Ar-
beiter einmütig den entschiedensten Protest gegen die neue Flaggenverord-
nung, die gegen den Sinn und Wortlaut der Verfassung die Monarchien-
fahne wieder aufleben lassen und die Fahne der Republik herabsetzen soll. —
Tafel mit der Pervertierung dieses monarchistischen Strebens gerade im
Ausland begonnen wird, zeigt deutlich die Absicht, der deutschen Republik
einen Schlag zu versetzen. Des muß zur Folge haben, daß das mühsam
wiedererlangte Vertrauen des Auslandes zu der Aufrichtigkeit der Trieben-
politik Deutschlands wieder zerfällt wird. Die Gewerkschaften haben
durch ihre internationalen Verbindungen in den letzten Jahren in hohem
Maße dazu beigetragen, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem che-
malis feindlichen Ausland und dem deutschen Volke wieder herbeizuführen.
Sie protestieren deswegen laut und entschieden dagegen, daß ihnen durch
die Herabsetzung der Zeichen der Republik dieser Erfolg wieder vernichtet
werden soll. Gegenüber diesem Streich der Regierung geloben die Ge-
werkschaften auso neue ihre unabwehrbare Treue zur republikanischen Ver-
fassung des neuen Deutschlands und ihre feste Entschlossenheit, allen reaktio-
nären Mächten die geschlossenste Macht der Arbeiterkraft entgegenzustellen.“

Eingegangene Schriften und Bücher

Die Grundformen des Arbeitsvertrages und der Aufstellungsvertrag von Dr. jur. Arthur Rißsch, Syndikus des Verbandes Sächsischer Metallindustrieller. (11. Heft der Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig, herausgegeben von Professor Dr. Ernst Jacobst.) Berlin 1926, Verlag von Rechner Hobbing, Berlin SW. 61. 298 Seiten, 8,40 RM.

Über den für das gesamte Arbeitsrecht grundlegenden Begriff des Arbeitsvertrages stehen immer noch erhebliche Unklarheiten. Der Verfasser des vorliegenden Buches hat sich aus Grund seiner Erfahrungen als Gewerkschafter und als Syndikus des Verbandes Sächsischer Metall-Industrieller die Aufgabe gesetzt, diese Fragen zu klären. Er untersucht die Grundformen des Arbeitsvertrages, wobei von besonderer Bedeutung die Untersuchungen über Abgrenzung von Dienstvertrag und Werkvertrag sind über den selbstständigen und erwerbsfähigen Arbeitsvertrag. In einem zweiten Teil wird das Problem der „abhängigen“ Arbeit behandelt, wobei das vorliegende Buch den Vertrag über „abhängige“ Arbeit durch den Begriff des „Aufstellungsvertrages“ ersetzt und als „scharf“ unterscheidbaren Vertragstypus kennzeichnet. Das positive Arbeitsrecht erscheint dabei vielfach in einem neuen Licht; wie aus dem Geleit zu entnehmen ist, ist dieses Buch auch im Hinblick auf den vorliegenden Entwurf eines allgemeinen Arbeitsvertragsgesetzes von erheblicher Bedeutung. Dieser Entwurf ist der Gegenstand einer besonderen Behandlung, wobei auch gezeigt wird, wie ein künftiges Arbeitsvertragsgesetz auszugestalten wäre, wenn es den Grundgedanken der Gleichheit aller vor dem Gesetz durchzuführen und nicht ein Sonder- oder Ausnahmestück darzustellen sollte. Für die Entwicklung des Arbeitsrechtes ist das Buch von großer Bedeutung. Natürlich wird man das Buch sehr sorgfältig lesen müssen, was bei einer Schrift, die aus dem Unternehmerrichter kommt, selbstverständlich ist.

Der Arbeiter in der öffentlichen Kunst. Von Margot Rieß. 70 Seiten und 16 Bilder, Band 7 der „Lugenbücher der Neuen Gesellschaft“. In Ganzleinen mit Goldprägung 2,50 RM. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Helldorf.

In einer Vorrede sagt die Verfasserin: Das Buch gehört der Arbeiterjugend. Neben den Darstellungen der Bilder, deren Thema der arbeitende Mensch ist, will es die Wege zeigen, aus denen Künstler zum Arbeiter geführt wurden. Wege der Arbeiter, als dessen Sprecher der Künstler hier auftritt, erkennen, wie auch des Künstlers Arbeit gleich der seinen ist hart und sein Kampf ist, wie Not und Verweisung mangelnd und auch sein Tod war, die Verpflanzung vom Künstler als dem faunartigen Fingler und wackigen Geschnitzschnecken abhin, ihn wiederum als feinsten Geistes anerkennt. Über sein Herz, das Arbeit bedeutet im Sinne des uralten Wortes *araba*, h. i. Not, Mühsal, kann ein Weg miteinander führen. — Das Buchchen enthält Kunstwerke von Goller, Millet, Manier, Courbet, van Gogh, Thoma, Liebermann, Kollwitz, Munch. Es ist auf Kunsthandpapier hergestellt.

Erhebung über die Produktion. Sonderband aus der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, Januar und Februar 1926, 54 Seiten, 1 RM. — Das Internationale Arbeitsamt hat nach mehrjähriger Arbeit die im Jahre 1920 begonnene Erhebung über die Produktion der ganzen Welt nahezu beendet. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt in Form eines allgemeinen Berichtes in französischer Sprache vor. Dieser Bericht umfasst nicht weniger als acht Bände mit 622 Seiten, 750 Diagrammen und 127 statistischen Tabellen. In dem vorliegenden Schriftstück wird ein gedrängter Überblick über dieses umfangreiche Werk jetzt dem Internationalen Arbeitsamt, 1, rue de la Paix, in Paris, in deutscher Sprache veröffentlicht. Die Schrift berichtet kurz über den Stand der Produktion aller Länder in der Nachkriegszeit und die verschiedenen Verrückungen und Entwicklungen, die sich seitdem bemerkbar machten. In übersichtlicher Weise werden in dieser gedrängten Schrift die wirtschaftlichen Tatsachen und deren Ursachen dargestellt. In einem Schlusskapitel wird auf die zur Verbesserung der Krise möglichen Lösungen hingewiesen. Jeder Wirtschafts- und Sozialpolitiker findet in dieser Schrift wertvolle Unterlagen, die auch für Lehrer sehr geeignet sind und in jedem Lehrbuch enthalten werden sollten.

Maßnahmen zur Durchföhrung der ratifizierten Arbeitsabkommen der Internationalen Arbeitskonvention. Sonderband aus der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, Oktober, November, Dezember 1925 und Januar 1926, 122 Seiten, 2 RM. — Auf Grund des Artikels 2 des Vertrages von Versailles hat die Internationale Arbeitsorganisation angeordnet, die Regierungen verpflichtet, jährlich über die Maßnahmen zu berichten, die sie zur Durchföhrung der von ihnen ratifizierten internationalen Arbeitsabkommen ergreifen haben. Die vorliegende Schrift stellt die erste größere Bearbeitung dieser Regierungsberichte dar. Sie gibt ausführliche Auskunft über den Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung auf den verschiedenen Gebieten der Sozialpolitik in einer großen Anzahl von Ländern. Sie zeigt, was über den Stand der internationalen Sozialgesetzgebung unterrichtet zu sein wünscht, ist diese Schrift, die von Internationalen Arbeitsamt, 1, rue de la Paix, in Paris, herausgegeben wird, unentbehrlich.

Ein Sonderband kann man mit Recht den vielgerühmten Oren Casson des Colorado in amerikanischen Ostasien nennen, denn dort ist die lebendigste Kunst der Kunstgeschichte, unsere Zeit in ihrem Gemahl. Der Kahl dieser einseitigen Kunst ist übermäßig von Oren Casson. Das Oren Casson ist dieser Kunst wegen.

Es gibt kein Leben bei H. K. Droffhaus erschienenem Buch „Oren Casson“, mein Besuch im amerikanischen Wandervogel (im Halbjahre 1920 RM.). Aus diesen Mitteln weht den Leser der Schauer vor der Gewalt der unendlichen Natur an, der selbst den weitgerissenen Furchen überflutet. Das kleine Prachtwerk läßt den Oren Casson in seiner ganzen Macht und erhabener Größe vor uns stehen. Als Oren sich zum Besuch des Oren Casson rühmt, rief ihm das Verlangen, das größte Naturwunder, von dem er seit seiner Jugendzeit träumte, aus eigener Anschauung kennenzulernen. Seine aus höchster geschauten Erwartungen wurden durch die Wirklichkeit und weit übertraffen. Oren war begeistert und gefesselt von der Großartigkeit, den gewaltigen Ausmaßen, dem Reichtum an Farben und Formen und der unendlichen Ruhe dieses wilden Tales. Der Gesamtindruck des Oren Casson war so heftig, daß ihm darüber alles verblühte, was er bis dahin an großartigen Landschaften gesehen hatte. Als er am Abend der Doppelhöhe stand und in den 1600 Meter tiefen Einschnitt blickte, den der Colorado im Lauf von Jahrmillionen fast senkrecht in die Erde eingegraben hat, glaubte er in den Felsenmassen der hohen Wände die „Eingeweide“ unseres Planeten zu sehen. Das neue Meisterwerk Oren Cassons ist die erste ausführliche Beschreibung des Oren Casson, die ein Europäer auf Grund eines eigenen längeren Besuchs gegeben hat. Viele Punkte und einzelne Abbildungen sind eigenhändig Oren Cassons gezeichnet und erläutern den Text. Oren hat absichtlich keine teuren Photographien zur Illustration verwendet; er wollte dem Leser ein persönliches Gespöhr geben. Um seine Ziele sprechen zu lassen, hat er eigene Zeichnungen gezeichnet, die eng mit seinen Erlebnissen verknüpft sind. Da, wie er selbst schreibt, jede Darstellung der wilden Schönheit des Oren Casson in Wort oder Bild weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben muß, ist eine Schilderung der persönlichen Eindrücke der einzige Weg, um anderen den überweltlichen Eindruck nahebringen. Jedem Freund der Natur wird das vorzüglich aufgezeichnete Werk — in der lebhaften, richtigen Schilderung ein echtes Leben — mit seinem einseitigen Bildschmuck sehr willkommen sein.

Die Reichsbahn-Fremdenberufung. In ihrer Einführung am 1. April 1926. Von Heiges, Reichsbahnoberrat und Referent in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Volkswirtschafts-Vereinsverlag u. d. V., Berlin SW. 2, Kurföhrstr. 146/147. Preis 20 Pfennig.

Eine Woche mit Schuh und einen ein Mal von 3 Monaten liefert die bekannte Salamander Schuhfabrik, Witten a. d. Ruhr (Wald). Schicklich 7/8, preiswert Altpolster-Behälter bei 20jähriger Garantie und allzeitlichen Preisen. Die Schuhe werden gezeichnet, die illustrierten Preislisten kostenlos und unverbindlich anfordern und sich von den reichhaltigen Anzeigen und der schicklichen Qualität der Schuhe zu überzeugen.

Salamander Fufarzt

für empfindliche Füße
Der Schuh für Eisenbahner
Gepäckträger und Arbeiter

Salamander

WELTMEISTER GRASSIN fährt OPEL



Verblüffend billig ist die Teilnahme am Rundfunk

Für 10.- Mark monatliche Miete
Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Schalltrichter
rinsch. An- und Kosten! Überwachung. - Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.
Sprechmaschinen oder Eiche inkl. Platten und Nadeln
"u. ca." besonders vorteilhaftes bequemes Pedalgehäuse

12 Schallplatten in elegantem Album.
Erste Markenplatten nach Wahl. Listenpreis 3,75 p. Platte
6 Monatsraten à Mark 5.00

Unverbindliche Vorführung W. Ländstr. 2. (Laden) S. 42. Ritzplatz 11 (Hochgebäude) Montag von 9-7. - Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch
Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.,
Berlin S. 42 Ritzplatz 11. Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Bei uns Schuhe kaufen heißt Geld sparen.

Wie immer erhalten Sie bei uns Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen.

Größte Auswahl in Damen-, Herren- und Kinder-Artikeln.

F. Potolowski Nachf. (P)
Gr. Frankfurter Str. 141 (Ecke Frischb.)

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf motorweise.

KOCH & SEELAND G. m. b. H.

Gegründet 1882. Gertraudenstraße 20-21. Gegründet 1897

MONATLICHE TEILZAHLUNG! Elegante Herrenkleidung



fertig und nach Maß zu soliden Preisen.

Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
Lodenmäntel, Gewölkmäntel in großer Auswahl.
Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter
Damenmoden nach Maß. (P)

Julius Fabian Maß-
Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage
schneiderer!

Mitglieder 1/2 Rabatt

Nur einmal

lesen wir an:

**Wilhelm Bölsche:
Entwicklungsgeschichte
der Natur**

2 große Bände mit zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck und mit etwa 1000 Abbildungen im Text, 1646 Seiten stark. In Ganzleinenband statt 20 Mk. nur 12 Mk. In Halbleder-Luxusband statt 30 Mk. nur 15 Mk.

Sofort bestellen, da nur wenige Exemplare vorhanden.

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO. 33, Schlesische Straße 42 (P)

Soeben erschienen:

**Die Ausbildung in der
Kranken-, Irren- und
Säuglingspflege und
im Massageberuf**

Eine Zusammenfassung der staatlichen Vorschriften

Bearbeitet von

Marie Friedrich-Schulz, Berlin

Preis 2,50 Mk.

für Verbandsmitglieder 1,50 Mk.

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

(P) Berlin SO 33, Schleische Straße 42

„Wie die Saat,



so die Ernte“

Mein reich ausgestattetes, mit vielen Abbildungen versehenes Hauptpreisbuch über alle Sorten (P)

Blumen- u. Gemüse samen, Gartengeräte, Düngemittel, Pflanzen, Sträucher, Gartennäher usw. ist erschienen u. wird aus Anbitterung kostenlos zugewandt. Aber was der Kleingärtner und Gartenbesitzer zur Schmückung und Ausbesserung seines Gartens braucht, findet er in diesem angebotenen. Der Weltraum meiner Firma führt für nur ausserlesene Ware.

Gemüse- und Blumen-Samensendungen über 10.- Mark postfrei
J. C. Schmidt „Blumenschmidt“, Erfurt A 79 Gegründet 1879

Achtung Sie stets auf meine genaue Anschrift „J. C. Schmidt Blumen Schmidt, Erfurt“, wenn Sie von meiner weltbekannten Firma beliefert sein wollen. Meine Inserate tragen in jedem Falle obiges Warenzeichen, schützen Sie sich vor Verwechslungen.